

16. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. März 2004

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	825	Umbau Buntentorsteinweg zwischen Kirchweg und Kornstraße
Verantwortlicher Umgang mit der Vergabe von Hormonen in den Wechseljahren		Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/160)
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 16. März 2004 (Drucksache 16/191)		Verstärkung des Standortmarketings 2004/2005
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	825	Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/161)
Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD)	827	Erweiterung/Anpassung der Regenwasserkanalisation im südlichen Fischereihafen in Bremerhaven
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	827	Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/162)
Senatorin Röpke	827	Columbus Cruise Center Bremerhaven
Abstimmung	828	Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/163)
„Deutsches Auswanderungshaus“		InnoVision 2010 – Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie im Land Bremen
Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 1. März 2004 (Drucksache 16/158)		Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/164)
Abg. Tittmann (DVU)	828	Landesprogramm „Bremen in t.i.m.e.“
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	829	Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/165)
Abg. Tittmann (DVU)	830	Bürgschaftsbank Bremen GmbH – Garantieübertragung
Abstimmung	830	Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2004 (Drucksache 16/166)
Überprüfung von Vertragsverlängerungen (Investitionsgesellschaft/Stadtentwicklungsgesellschaft) in Bremerhaven		
Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 1. März 2004 (Drucksache 16/159)		
Abg. Tittmann (DVU)	830	
Abg. Günthner (SPD)	831	
Abg. Tittmann (DVU)	832	
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	832	
Abstimmung	832	

Georg-Bitter-Straße – Flankierende Maßnahmen Platz Am Schosterboorn

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/167)

Landesprogramm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/168)

ÖPNV-Anbindung des Büroparks Oberneuland und des Bremer Industrieparks

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/169)

Abg. Wedler (FDP)	833
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	835
Abg. Focke (CDU)	836
Abg. Tschöpe (SPD)	836
Abg. Wedler (FDP)	836
Abg. Wedler (FDP) zur Geschäftsordnung	837

Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz zur Höhe der Fraktionszuschüsse

Mitteilung des Vorstands der
Bremischen Bürgerschaft
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/170)

Abg. Wedler (FDP)	837
Abg. Tschöpe (SPD)	838
Abg. Kastendiek (CDU)	838
Abg. Tittmann (DVU)	839
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	839
Abstimmung	840

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12 vom 9. März 2004

(Drucksache 16/181) 840

Jugendstrafvollzug: Nicht konzeptionslos Fakten schaffen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. März 2004
(Drucksache 16/182)

Umsetzung des Konzeptes zur Neuorganisation des bremischen Strafvollzuges beginnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 16. März 2004
(Drucksache 16/193)

Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	840
Abg. Grotheer (SPD)	842
Abg. Frau Hannken (CDU)	843
Abg. Tittmann (DVU)	844
Bürgermeister Dr. Scherf	844
Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	845
Abg. Grotheer (SPD)	846
Abstimmung	847

Bremens Entwicklungszusammenarbeit fortführen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 16. März 2004
(Drucksache 16/190)

Demontage erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit beenden – Bremens Stärken liegen auch buten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. März 2004
(Drucksache 16/195)

Abg. Frau Schwarz (SPD)	847
Abg. Frau Akkermann (CDU)	849
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	851
Bürgermeister Dr. Scherf	853
Abstimmung	854

Entschuldigt fehlt die Abgeordnete Frau Windler.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsidentin Dr. Trüpel

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Die 16. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Als Gäste begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Grundwehrdienstleistende und Unteroffiziere der Nachschubschule des Heeres in Garlstedt. Meine sehr geehrten Herren, seien Sie ganz herzlich hier im Rathaus der Freien Hansestadt Bremen willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße auch eine zehnte Klasse der Wilhelm-Raabe-Schule aus Bremerhaven, die dort auf der Tribüne Platz genommen hat. Seien auch Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Demontage erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit beenden – Bremens Stärken liegen auch bu-ten, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. März 2004, Drucksache 16/195.

(B) Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung „Bremens Entwicklungszusammenarbeit fortführen“, Drucksachen-Nummer 16/190, zu verbinden.

Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann stelle ich Einvernehmen mit diesem Vorschlag fest.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Verantwortlicher Umgang mit der Vergabe von Hormonen in den Wechseljahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 16. März 2004 (Drucksache 16/191)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

(C) Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verantwortlicher Umgang mit der Vergabe von Hormonen in den Wechseljahren, ich betone, verantwortlicher Umgang, meine Damen und Herren, das macht, denke ich, deutlich, wo die Zielsetzung unseres interfraktionellen Antrags ist: erstens, verantwortlicher Umgang von denen, die diese Hormone verschreiben, und zweitens, verantwortlicher Umgang von denen, die über die Risiken und über den Nutzen dieser Therapie informieren und Informationen herausgeben! Dieses Verantwortungsbewusstsein ist notwendig, damit Frauen sich selbstbestimmt für und wider eine Hormontherapie entscheiden können, und zwar, und das ist mir besonders wichtig, nach dem letzten wissenschaftlichen Stand. Ebenso wichtig ist es, dass Frauen Informationsmaterial bekommen, das objektiv und nicht von wirtschaftlichen Interessen geprägt ist und von Interessengruppen herausgegeben wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie uns einmal zurückblicken, was in den letzten Jahren passiert ist! Warum ist die Hormonersatztherapie nicht mehr bedenkenlos einzusetzen? Dazu möchte ich ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen.

(D) Lange Zeit war die Hormontherapie für Frauen in den Wechseljahren medizinischer Standard. Ärzte versprachen sich davon zum einen eine Linderung klassischer Beschwerden in den Wechseljahren wie Hitzewallungen und Schweißausbrüche, zum anderen setzten die Ärzte viele Jahre ihre Hoffnungen darauf, mit Gabe von Hormonen verschiedene Erkrankungen wie zum Beispiel die koronare Herzkrankheit, Osteoporose oder auch Hirnleistungsstörungen verhindern oder zumindest verzögern zu können. Günstige Wirkungen erhoffte man sich auch bei Depressionen, Schlafstörungen und Hautalterungen.

Viele Beobachtungsstudien hatten diese positiven Affekte der Hormontherapie auch beschrieben. Langzeitstudien über Risiken lagen seinerzeit nicht vor. Die Folge war, dass in den neunziger Jahren die Zahl der Verordnungen rapide anstieg. Innerhalb von zehn Jahren verdoppelte sich nahezu die Zahl der Hormonanwendungen allein in der gesetzlichen Krankenversicherung von 1,6 Millionen auf rund 2,9 Millionen betroffener Frauen, aber zugleich mahnten Expertinnen und Frauen aus der Frauengesundheitsbewegung, die verbreitete Anwendung von Hormonen kritisch zu betrachten. Immer mehr wurde kritisiert, dass die natürliche Lebensphase der Frau, die so genannte Post-Menopause, wie man sie nennt, zu einer Hormonmangelkrankheit definiert wurde.

(A) Unterstützung fanden diese kritischen Stimmen im Sommer 2002. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Teil der weltweit umfangreichsten Studie zur Hormontherapie der Women Health Initiative, der WHI, vorzeitig beendet. Der Grund dafür war, dass die Gesundheitsrisiken einer Hormontherapie deutlich höher waren als ihr Nutzen. Die Hormone erhöhten das Thromboserisiko, das Schlaganfallrisiko sowie das Brustkrebsrisiko. Jetzt war eine neue wissenschaftliche Grundlage geschaffen. Eigentlich hätte es zu einem deutlichen Rückgang der Hormonvergabe kommen müssen. Ich möchte hier, und das ist mir wirklich wichtig, besonders deutlich machen, dass es eine Information über Nutzen und Risiken geben muss. Diese muss den Frauen wirklich zur Verfügung gestellt werden, denn nur so können sie eine selbstbestimmte Entscheidung treffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Leider finden diese wissenschaftlichen Erkenntnisse nur mühsam ihren Weg in die ärztlichen Praxen, obwohl das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte angeordnet hat, dass in den Produktinformationen von gerade diesen Arzneimitteln erweiterte Angaben über Risiken aufgenommen werden. Außerdem wird empfohlen, eine Behandlung so kurz wie möglich und so niederschwellig wie möglich durchzuführen. Auch die Stellungnahme der Ärztekammer Bremen geht in diese Richtung. Aufklärung und Selbstentscheidung stehen hier im Mittelpunkt, so die Aussage der Kammerpräsidentin, und das können wir nur unterstützen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt könnten wir doch denken, dass hier in Bremen alles in Butter ist, und fragen: Wo ist das Problem, warum jetzt dieser Antrag? Leider sieht die Realität anders aus. Das Wissenschaftliche Institut der AOK hat im Dezember des letzten Jahres Zahlen über die Verordnung von Hormonen veröffentlicht. Darin gibt es große regionale Unterschiede zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen. Die KV Bremen liegt hier an der Spitze. Die Bremer Ärzte verordneten doppelt soviel Östrogen- und Gestagenpräparate wie ihre Kollegen in Sachsen. Ich denke, das kann man nicht akzeptieren. Deshalb fordern wir in unserem Antrag auch, dass Gespräche mit der KV und der Ärztekammer durchgeführt werden müssen. Doch kommen wir zurück zur Information und zur Aufklärung von Frauen!

Wie ich schon gesagt habe, ist es uns besonders wichtig, dass Frauen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auch zugänglich gemacht werden. Erfreulicherweise hat es in Bremen in den letzten Jahren eine Reihe von Veranstaltungen zu diesem Thema gegeben: Veranstaltungen mit Beteiligung der ZGF, des Forums Frauengesundheit, Insti-

tut für Präventionsforschung und Sozialmedizin, des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und auch anderen, die ich hier jetzt nicht alle nennen möchte. Ich denke, diese Informationsveranstaltungen müssen fortgeführt werden, sie sind ein wichtiges Mittel für die Aufklärung der Frauen.

(C)

Jetzt möchte ich auf die Informationen eingehen, die Ärztinnen und Ärzte und auch Krankenhäuser Patientinnen und interessierten Frauen zur Verfügung stellen! Da haben wir zunächst einmal die Falbblätter und die Informationen, die in den Praxen ausliegen, die auch von der Pharmaindustrie bereitgestellt werden, aber zunehmend nutzen Ärztinnen und Ärzte und auch Krankenhäuser das Internet, um ihre Leistungen und auch ihre Philosophie und Informationen zur Verfügung zu stellen. Diese Internetseiten hat das Zentrum für Public Health der Universität Bremen untersucht, auch im Auftrag des Wissenschaftlichen Instituts der AOK. Ich muss Ihnen sagen, ich war entsetzt über diesen Abschlussbericht. 97 Internetseiten wurden untersucht, 68 Prozent äußern sich positiv zur Hormontherapie. Nur neun Prozent nehmen eine ausgewogene Position ein. Breit wird der Einsatz dieser Präparate empfohlen, Risiken werden bagatellisiert. Ich denke, das macht folgendes Zitat aus einer der Internetseiten deutlich, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Östrogene sind schon in vielen Millionen Jahren alten fossilen Pflanzenteilen nachweisbar. Eine Substanz, die sich in der gesamten Entwicklungsgeschichte im Tier- und Pflanzenreich durchgesetzt hat, kann nicht zerstörerisch wirken. Die Natur hätte sie ausgemerzt.“

(D)

Ich muss sagen, das hat mich kurzfristig sprachlos gemacht, und das passiert nicht so oft, meine Damen und Herren, doch es kommt noch dicker: Auf vielen Seiten werden Östrogene als Anti-Aging-Therapie empfohlen. Auf der Internetseite eines Gynäkologen steht dazu, auch hier zitiere ich mit Erlaubnis des Präsidenten: „Was verstehen wir also unter Anti-Aging-Therapie? Später altern, gesünder sterben, mit hundert gesund in die Ewigkeit? Der Frauenarzt von morgen muss interdisziplinär die Auswirkungen dieser Hormondefizite in den verschiedensten Gewebeinformationen bedenken.“

Unter dem Text sind zwei Bilder eingefügt mit zwei Frauengesichtern, einmal das Gesicht von Sophia Loren als Dreiundsechzigjährige mit Hormonsubstitution, auf der anderen Seite das Abbild der Mutter Albrecht Dürers als Dreiundsechzigjährige ohne Hormonsubstitution. Ich habe diese Internetseite auf meinem Tisch liegen. Gehen Sie einmal vorbei, schauen Sie sich das an, und dann urteilen Sie darüber, ob das eine seriöse Informationspolitik ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb bin ich auch froh, dass die SPD und die CDU diesen Antrag mit unterstützt haben und freue mich

(A) auf Ihre Ausführungen und auch auf die Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hoch hat hier so eine ausführliche Antragsbegründung gegeben, dass ich eigentlich gar nicht mehr viel hinzufügen möchte. Ein wichtiger Punkt ist die Frage, ob das ein Thema ist, das uns hier in der Bürgerschaft in der Politik des Landes Bremen zu beschäftigen hat oder nicht. Wer die seriösen Informationen oder besser gesagt eben die nicht seriösen Informationen kennt, die den Frauen als Aufklärungsmaterial zur Verfügung gestellt werden, und wer weiß, Frau Hoch hat das ausführlich beschrieben, dass in Bremen weit mehr Hormone verschrieben werden als in anderen Bundesländern, so ist das sehr wohl ein Thema, mit dem wir uns hier in Bremen zu beschäftigen haben.

Ich bin gespannt auf die Antwort des Senats, was dabei herauskommt, und ich bitte alle um Zustimmung! Wir sind froh, dass die Grünen diesen Antrag eingebracht haben. Ich hoffe, dass das dann auch bei uns noch ein breites Thema wird. – Danke!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir legen hier einen interfraktionellen Antrag vor, in dem wir den verantwortungsvollen Umgang mit der Vergabe von Hormonen fordern. Wir haben in der Tat schon ausführlich von der Problematik gehört. Die Entscheidung zum Hormonersatz in den Wechseljahren gehört sicher zurzeit zu der umstrittensten und schwierigsten, die getroffen werden muss. Die Nachfrage von Patientenseite ist groß, und die Datenlage der Ärzte ist nicht unerheblich. Die Ärzteschaft und die Frauen dieses Landes brauchen jetzt angesichts der vielen kontroversen Interpretationen der vorliegenden Studienergebnisse eine unabhängige und kompetente Information. Da gebe ich hier allen Vorrednerinnen Recht.

Nach Auswertung der Ergebnisse der erwähnten internationalen Studien werden die Empfehlungen der europäischen Expertengruppen in allen europäischen Mitgliedstaaten bereits umgesetzt, auch in Deutschland, so die Bekanntmachung des Bundes-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

instituts für Arzneimittel und Medizinprodukte vom 5. Dezember 2003. Die Ergebnisse der Studien möchte ich nicht bewerten, sie werden auch unterschiedlich interpretiert. Unabhängig davon ist sicher, dass eine Notwendigkeit besteht, Frauen über die Einnahme und die Wirkung der Hormonpräparate aufzuklären, ob es sich um Monopräparate oder um Kombinationspräparate handelt.

Inzwischen gibt es auch in Deutschland von der Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe Konsensempfehlungen zur Hormontherapie im Klimakterium und in der Post-Menopause. Man kann sagen, dass bereits die Fachverbände eine Neubewertung der Hormontherapie vorgenommen haben und diese als Leitlinien für die Gynäkologen dienen. Die Empfehlungen ergeben sich aus der Einschätzung des derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstands, basierend auf neuen Erkenntnissen werden diese auch regelmäßig aktualisiert.

Darüber hinaus hat Bremen einen Leitfaden „Hormontherapie“ bereits im Oktober 2003 herausgegeben, der noch wesentlich weiter geht als die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft, und zwar ausgearbeitet vom Institut für klinische Pharmakologie in Bremen. Ich denke, dass es sich hier um restriktive Empfehlungen handelt. Sie ermöglichen den Vertragsärzten auch heute schon, ihre Patientinnen besser über die Risiken und Nebenwirkungen zu informieren. Insofern sehe ich, dass die entsprechend Verantwortlichen auch schon gehandelt haben.

Mit diesem Antrag wird man diesem Thema noch einmal ein besonderes Augenmerk verleihen, wobei die Aufklärung der Patientinnen im Vordergrund steht. Insofern nimmt die CDU-Fraktion an diesem Antrag teil. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Land Bremen haben wir als Ressort zusammen mit dem BIPS unter anderem mit der ZGF und mit dem Forum Frauengesundheit schon seit vielen Jahren Beiträge zur Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse geleistet. Beispielhaft kann ich die Studie des BIPS in Kooperation mit dem WiDO zu Verordnungshäufigkeiten nennen, den Kongress „Wechseljahre multidisziplinär“, der vom BIPS, vom Zentrum für Public Health und vom Forum Frauengesundheit durchgeführt wurde, oder im letzten Jahr den Kongress „Bremer Wechseljahreswochen“ oder viele Einzelveranstaltungen, die zu diesem Komplex durchgeführt worden sind. Das heißt, wir sind schon sehr aktiv, was dieses Thema betrifft.

Wir haben uns auch bundesweit engagiert. Wir haben immer wieder auf den Gesundheitsminister-

(C)

(D)

(A) konferenzen, auf den Frauenministerkonferenzen dieses Thema eingebracht, haben Informationen für Hormonanwendungen gefordert, und zwar bundesweit, unabhängig von der Pharmaindustrie, haben die Ärztinnen und Ärzte aufgefordert, Fortbildungsmaßnahmen zu entwickeln und haben uns auch auf die Forschung hin orientiert und dies eingefordert. Die jüngste Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft dazu ist jetzt gerade im September 2003 kurzfristig erfolgt. Es bewegt sich also insgesamt doch einiges auch auf der Bundesebene in diese Richtung, und das ist sehr zu begrüßen.

Wir haben in der Tat einen hohen Verschreibungseffekt hier im Land Bremen zu verzeichnen, das ist richtig, aber wir können jetzt auch wir einen Rückgang erkennen. Wir beobachten das sehr genau über die GKV-Arzneimittelschnellinformation, abgekürzt GAMS. Das gibt uns die Möglichkeit, auch quartalsweise den Blick darauf zu werfen. Das machen wir auch, und zwar zusammen mit den Krankenkassen und der Ärztekammer. Ich bin schon öfter mit den Krankenkassen und mit der Präsidentin der Ärztekammer, die da Gott sei Dank auch eine sehr fortschrittliche Position vertritt, zu diesem Thema unterwegs gewesen. Wir sind alle gemeinsam entschlossen, dieses Thema weiter konsequent zu verfolgen.

(B) Wir werden auch unsere Aufklärungsarbeit weiter fortsetzen. Wir haben vor, einen so genannten Bremer Gesundheitsdialog zusammen mit dem BIPS und der Bremer Ärztekammer zu initiieren. Wir werden am 28. April dazu die Auftaktveranstaltung durchführen, natürlich mit dem Thema Hormontherapie. Ich denke, dass wir damit wiederum einen Beitrag leisten, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen und Frauen die Möglichkeit zu geben, sich unabhängig von der Pharmaindustrie zu informieren.

Wenn es Kritik an Internetseiten gibt, dann ist das berechtigt, wir hatten uns das gerade auch in der SPD-Fraktion demonstrieren lassen. Es ist in der Tat schon sehr fragwürdig, was da zum Teil abläuft. Soweit wir direkt Einflussmöglichkeiten auf unsere kommunalen Kliniken haben, haben wir auch darauf hingewirkt, dass unsere Internetseiten in den Kliniken den neuesten Forschungsergebnissen angepasst worden sind. Das heißt, wir achten sehr darauf, dass sich das auch dort wiederfindet und dort den Patientinnen eine entsprechende kritische Umgehensweise nahe gebracht wird.

Ich glaube, wir sind alle einer Meinung hier im Haus. Wir werden das in der Deputation sicherlich gemeinsam weiter verfolgen. Ich lade Sie alle zu unserem Gesundheitsforum ein. – Danke schön!

(Beifall)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachennummer 16/191, Neufassung der Drucksache 16/156, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Wedler [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

„Deutsches Auswanderungshaus“

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 1. März 2004
(Drucksache 16/158)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Perschau.

(D)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bürgermeister und SPD-Genosse Dr. Scherf ist im Wahlkampf zur Bürgerschaft durch Bremerhaven gezogen und hat lauthals verkündet: Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung im Land Bremen muss Bremerhaven sein. Recht hat er! Für diese Aussage hat Herr Dr. Scherf in Bremerhaven sehr viel Zustimmung erhalten. Dass Bremerhaven Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung sein muss, teile ich als Bremerhavener Abgeordneter uneingeschränkt. Ich bin aber auch der Auffassung, dass Politiker das halten und umsetzen müssen, was sie im Wahlkampf lauthals versprechen, und hier gibt es doch einen gewaltigen Widerspruch.

Damit wir uns gleich richtig verstehen: Es gibt natürlich noch sehr viele Widersprüche auf Kosten und zu Lasten der Bremerhavener Bevölkerung, aber all die leeren Versprechungen der etablierten Altparteien jetzt hier aufzählen zu wollen, würde doch den zeitlichen Rahmen dieser Sitzung erheblich sprengen, deshalb nenne ich heute nur einmal das Auswanderungshaus Bremerhaven. Man kann zu diesem Projekt stehen, wie man will, Tatsache ist aber, das Deutsche Auswanderungshaus in Bremerhaven erfüllt im Gegensatz zum Klimahaus oder, wie

(A) man im „Weser-Kurier“ nachlesen kann, dem jetzt schon gescheiterten Space-Park in exzellenter Weise in Verbindung mit der historischen Entwicklung Bremerhavens die Anforderungen für maritimen Tourismus in Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, ein Kuratorium mit hochrangigen Persönlichkeiten aus ganz Deutschland beschäftigt sich mit dieser Geschichte Bremerhavens und hat die Konzeption zum Auswanderungshaus als hochkarätig eingestuft. Gegenüber diesem Sachverstand gibt es aber nun auch einen Staatsrat, Herrn Hoffmann, der als Leiter der Senatskanzlei die Vorlage zum Auswanderungshaus meines Erachtens aufgehoben hat. Dass er dabei den Finanzsenator, der im Übrigen das Projekt für entscheidungsreif hält, im Regen stehen lässt oder, besser gesagt, einfach übergangen hat, stört mich persönlich eigentlich herzlich wenig. Es ist nur doch etwas befremdend, dass ein Staatsrat einen Senator so einfach und schnell zurückpfeifen kann. Das zeigt mir aber auch deutlich, wie konfus die Strukturen innerhalb des SPD-Lagers sind, und es zeigt auch deutlich, wie schäbig Mitglieder dieser Landesregierung mit Bremerhaven umgehen. Das hat die Stadt Bremerhaven, das hat die Bevölkerung von Bremerhaven nicht verdient!

(B) Meine Damen und Herren, ich fordere Sie hiermit auf, dieses für Bremerhaven sehr wichtige Projekt umgehend zu beschließen, damit es wirklich zeitgerecht für die nächste Sail 2005 eröffnet werden kann. Ich will nur hoffen, dass Sie als verantwortliche Landespolitiker auch für die Stadt Bremerhaven nicht hoffen, dass das Projekt Auswanderungshaus in Bremerhaven platzt, wenn der künftige Betreiber entnervt das Handtuch werfen sollte. Das, meine Damen und Herren, wäre eine Steuergeldverschwendung sondergleichen. Immerhin sind meines Wissens sage und schreibe schon 1,5 Millionen Euro in die Planung des Projekts geflossen. Stimmen Sie also dem Antrag der Deutschen Volksunion zu! – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden den Antrag von Herrn Tittmann, DVU, ablehnen.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Hört, hört!)

Ich will Ihnen kurz erläutern, warum wir zu diesem Zeitpunkt und mit welchen Gründen diesen Antrag ablehnen!

Das Auswandererhaus ist auch aus unserer Sicht, ich denke, da spreche ich auch für alle Fraktionen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

des Hauses, in der Tat eine große Chance für Bremerhaven. Das ist auch wirklich der Substanz nach gar nicht in Frage gestellt worden. Es ist ein Projekt, das gut zu Bremerhaven passt, es knüpft an die Stärken Bremerhavens an, es greift die Geschichte der Auswanderungen auf. Es ist aus unserer Sicht ein wichtiger Beitrag zum Tourismuskonzept, gerade wenn man versucht, Einrichtungen zu finden, die zur Größe und dem Potential Bremerhavens passen, und auch nicht zu überdimensionierte Angebote zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso sind wir der Meinung, dass wir die Konkurrenz mit Hamburg, das jetzt auch überlegt, ein Auswandererhaus zu machen, nicht verlieren dürfen. Man muss also schon versuchen, hier die Nase vorn zu haben und sich den Schneid nicht abkaufen zu lassen. So weit, denke ich, sind alle, die sich mit diesen Fragen in den letzten Jahren beschäftigt haben, von der Grundposition her durchaus positiv eingestellt und gewillt, dieses Auswandererhaus auf die Schiene zu setzen. Der andere Teil aber, neben allem fachpolitischen Engagement und der Überzeugung, dass es sich um ein richtiges Angebot für Bremerhaven handelt, ist hier aber doch die Frage, ob die Zahlen wirklich seriös gerechnet sind, und daran kommen wir, wenn wir verantwortliche Parlamentarier sein wollen, nicht vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch noch einmal betonen, in den Zeiten knapper Kassen müssen wir darauf bestehen, dass es wirklich ein privates Engagement gibt, ohne das wird es mittelfristig bei einer solchen Einrichtung nicht gehen. Bremerhaven wird die Probleme, falls sie denn auftauchen sollten, nicht allein lösen können. Ich sage es ganz deutlich, die Stadt Bremerhaven darf nicht allein auf den möglicherweise anfallenden Kosten sitzen bleiben,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sondern es muss auch, nicht nur was die möglichen Erfolge, sondern auch was die Lastenteilung angeht, wirklich ein Agreement zwischen der Stadt, dem Staat und den privaten Betreibern geben. Nur dann, wenn das wirklich mit festen, seriösen Verabredungen steht, kann man sich auf diese Einrichtung einlassen.

Deswegen halten wir eine ernsthafte Prüfung der Konditionen zum jetzigen Zeitpunkt für richtig. Wie gesagt, konzeptionell sind wir eher für das Projekt, aber die Konditionen müssen klar sein, sie müssen transparent sein, sie müssen finanzierbar sein. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass diese Überprüfung noch einmal geleistet werden muss. Allerdings muss man es dann auch schnell entschei-

(C)

(D)

(A) den, damit wir nicht wichtige Zeit verlieren. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Trüpel, Sie können zu diesem Projekt nun sagen, was Sie wollen, Ihre Aussagen gerade zu diesem Projekt, und nicht nur dazu, sind sehr widersprüchlich. Tatsache ist doch, dass sich sehr viele Bremerhavener Bürger zu Recht fragen: Wie kann sich ein Oberbürgermeister einer Stadt einfach dermaßen billig und schäbig zum Schaden der Stadt von einer Landesregierung abspeisen lassen, für die er als Oberbürgermeister verantwortlich ist, und das nicht nur beim Projekt „Auswanderungshaus“?

(B) Meine Damen und Herren, man kann zu diesem Projekt stehen, wie man will, aber es ist doch das Schlimmste, was uns Bremerhavener passieren kann, wenn dieses Projekt „Auswanderungshaus“ nicht zur Sail 2005 fertig gestellt worden ist. Es wäre ein riesiger Imageverlust für die Stadt Bremerhaven, von dem finanziellen Verlust für die Stadt Bremerhaven ganz zu schweigen. Ich habe den großen Verdacht, dass der Senat sowie auch Herr Dr. Scherf dieses Auswanderungshaus in Bremerhaven überhaupt gar nicht wollen, Hauptsache, Bremen hat seinen gescheiterten Space-Park! Ich glaube sagen zu dürfen, dass ein solches Projekt hier in Bremen schon längst errichtet worden wäre, egal wie viel Geld, das sieht man am Space-Park, dafür ausgegeben oder in den Sand gesetzt worden wäre.

Meine Damen und Herren, so geht man mit und auf Kosten und zu Lasten der Stadt Bremerhaven und seiner Bevölkerung nicht um! Ich sehe schon 2005 den SPD-Oberbürgermeister Schulz mit Tränen im Gesicht und Schaum vor den Lippen die Sail in Bremerhaven vor riesigen Sandhaufen eröffnen. Dabei hat er kürzlich noch versprochen, zur Sail 2005 ist hier alles fertig gestellt. Meine Damen und Herren, wer es glaubt, wird selig! – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/158 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Stimmhaltungen?

(C)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Überprüfung von Vertragsverlängerungen (Investitionsgesellschaft/Stadtentwicklungsgesellschaft) in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 1. März 2004
(Drucksache 16/159)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Röwekamp.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die eigenmächtige Vertragsverlängerung der Geschäftsführerverträge in zwei öffentlichen Gesellschaften in Bremerhaven durch den SPD-Oberbürgermeister Schulz ist an Großmanns-sucht nicht mehr zu überbieten. Meine Damen und Herren, ich habe damals schon im Namen der Deutschen Volksunion auf diesen unerträglichen SPD-Genossenskandal und Filz hingewiesen.

(D) Oberbürgermeister Schulz hat im vergangenen Jahr als Aufsichtsratschef der BEAN und der BIS die Verträge der Genossen Herrn Adelmann und Herrn Goes von der BIS und Herrn Lüneburg von der BEAN eigenmächtig in sehr gut dotierte Rentenverträge verlängert. Meine Damen und Herren, laut Aussage von Herrn Oberbürgermeister Schulz will er am 4. Juli und am 26. August 2003 die Verträge nur eigenmächtig verlängert haben, weil laut seiner eigenen Angaben zurzeit der Vertragsverlängerung kein Kämmerer im Dienst gewesen sei. Begründung: Bürgermeister Niederquell nahm vor seinem Dienstende zum 31. Juli 2003 noch Resturlaub, und der Dienstanfang von Herrn Teiser sei erst Anfang August gewesen. So weit, so gut!

Wenn die Aussagen von Herrn Oberbürgermeister Schulz stimmen würden, so wäre zu diesem Zeitpunkt tatsächlich kein Kämmerer im Dienst gewesen, aber, und nun kommt das Aber, heute sieht die Sache auf einmal ganz anders aus. Heute gesteht Herr Schulz kleinlaut ein, es sei damals zwar ein Kämmerer im Dienst gewesen, er habe ihn aber absichtlich nicht darüber informiert, und das, obwohl der Oberbürgermeister Schulz genau wusste, dass eine eigenmächtige Vertragsverlängerung laut eines Magistratsbeschlusses von 1994 besagt, dass nur eine Dreierkommission, bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem Kämmerer und dem Fachdezernenten, über die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern städtischer Gesellschaften zu ent-

(A) scheiden habe. Seine lapidare Ausrede, er wäre Oberbürgermeister und Fachdezernent in einer Person mit zwei Stimmen und würde damit quasi den Kämmerer sowieso überstimmen – also demnach: Ich kann sowieso machen, was ich will, wenn es meinen Genossen dient, mache ich das eben, und das ohne Rücksicht auf Verluste! –, ist an Arroganz und einseitiger Großmannssucht wirklich durch nichts mehr zu überbieten. Es hätte zumindest eine Absprache mit dem seinerzeit anwesenden Kämmerer erfolgen müssen.

Meine Damen und Herren, eine solche Aussage eines SPD-Oberbürgermeisters, ein solches undemokratisches Handeln beleidigt und missachtet jegliches Demokratieverständnis der Bürger. Diese Tatsache ist für die Deutsche Volksunion unerträglich und undemokratisch. Darum ist es dringend erforderlich, dass hier die Kommunalaufsicht schnellstens prüft, ob die strittigen Vertragsverlängerungen für die drei SPD-Genossen und engen Freunde des Oberbürgermeisters Schulz überhaupt rechtskräftig sind.

(B) Nun ja, nun will ja die FDP-Fraktion in Bremerhaven großspurig einen großartigen Missbilligungsantrag gegen den SPD-Oberbürgermeister Schulz in die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven einbringen. Da kann ich nur sagen: Klasse! Ich bezweifle aber sehr stark die Ernsthaftigkeit ihres Missbilligungsantrages, denn ich glaube kaum, wenn der FDP ein kleines Pöstchen in einer möglichen Bremerhavener Koalition, zum Beispiel SPD, Grüne und FDP, versprochen worden wäre, dass sie einen solchen Missbilligungsantrag gegen SPD-Oberbürgermeister Schulz gestellt hätte, wo die FDP doch bekannt dafür ist, dass sie wirklich mit jeder Partei ins so genannte Bett springt, also mit jeder Partei, die ihr ein Pöstchen verspricht, kooperiert. Meine Damen und Herren, das ist unehrlich und schäbig gegenüber der Bevölkerung. Da fragen sich doch viele Bürger zu Recht: Wozu brauchen wir eigentlich noch diese FDP? Das frage ich mich eigentlich auch!

Meine Damen und Herren, ich gebe dem SPD-Unterbezirksvorsitzenden Breuer vollkommen Recht, denn er hat öffentlich erklärt: Wenn der SPD-Oberbürgermeister Schulz so etwas noch einmal macht, dann gibt es etwas hinter die Ohren. Durch die Anfrage der CDU in der Stadtverordnetenversammlung sind ja noch viel schlimmere Tatsachen herausgekommen, zum Beispiel dass der SPD-Oberbürgermeister Schulz in der Öffentlichkeit und auf einem SPD-Parteitag diesbezüglich nicht ganz die Wahrheit gesagt hat.

Ich gehe also als Vertreter der Deutschen Volksunion davon aus, dass zumindest der Genosse Herr Breuer seine großspurigen Versprechungen auch hält und konsequent einlöst. Geben wir also gemeinsam dem Oberbürgermeister Schulz etwas hinter die Ohren! Da die Deutsche Volksunion aber grundsätzlich gegen jede Gewalt ist, bitte ich Sie daher nur

(C) um die Zustimmung zum vorliegenden DVU-Antrag, denn, Herr Breuer, Gewalt ist keine Lösung! Stimmen darum auch Sie diesem DVU-Antrag zu! – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner (SPD)***: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, jetzt etwa neun Minuten lang – um auch mit der Redezeit von Herrn Tittmann konkurrieren zu können – etwas über einen wunderschönen Bericht, den ich im Fernsehen gesehen habe, über einen Mann zu erzählen, der eine riesige Lego-Sammlung hat. Ich kürze das einmal ab, aber man hätte daran deutlich machen können, dass das Thema genauso wenig hierhin gehört wie das Thema, das Sie hier gebracht haben, Herr Tittmann.

Wenn man sich Ihren Antrag anschaut, kann man zweierlei feststellen. Erstens, Sie wissen überhaupt nicht, worum es geht, und zweitens, inhaltlich ist er darüber hinaus auch noch höchst schwach. Sie sprechen von einer Investitionsgesellschaft/Stadtentwicklungsgesellschaft. Sie sind ja eigentlich Stadtverordneter in Bremerhaven und müssten daher wissen, was die BIS ist. Ich sage Ihnen einmal, damit Sie das vielleicht auch wissen, wobei ich nicht davon ausgehe, dass Sie lernfähig sind, dass die BIS die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklungsgesellschaft mbH – in Klammern BIS – ist. Das, was Sie hier also suggerieren, dass es dort zwei verschiedene Gesellschaften, nämlich eine Investitions- und eine Stadtentwicklungsgesellschaft gäbe, ist falsch!

(D) Sie haben in Ihrem Redebeitrag darauf abgehoben, dass zwei Geschäftsführerverträge verlängert worden seien, haben dann anschließend darauf hingewiesen, es seien doch drei Geschäftsführerverträge gewesen. Vielleicht können Sie sich auch darüber einmal im Klaren werden, wie viele Geschäftsführerverträge es nun waren, um wenigstens sachlich an der Thematik zu bleiben!

Man muss zu dem Antrag insgesamt feststellen, dass die Angelegenheit, um die es geht, eine rein kommunale Bremerhavener Angelegenheit ist, dass also diese Angelegenheit auch in Bremerhaven entsprechend behandelt und gelöst werden muss und hier im Landtag aber auch nicht im Ansatz etwas zu suchen hat. Deswegen werden wir, glaube ich, auch mit großer Einheitlichkeit diesen Antrag hier heute ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Günthner, ich weiß genau, was ich sage. Dass Ihnen das als SPD-Genosse nicht gefällt, kann ich mir schon gut vorstellen. Das würde mir an Ihrer Stelle auch nicht gefallen. Tatsache ist doch, diese Suppe hat sich Ihr SPD-Oberbürgermeister Schulz selbst eingebrockt. Das hat er ja auch öffentlich zugegeben oder besser gesagt zugeben müssen. Zwar hat er immer behauptet, na gut, er habe zwar ein paar kleine Fehlerchen gemacht, aber diese Vertragsverlängerungen wären doch wohl alle rechtens gewesen.

Na gut, wenn das so ist, Herr Günthner, dann müsste Oberbürgermeister Schulz ja direkt froh über diesen Antrag sein, über diesen DVU-Antrag. Machen wir ihm doch also die große Freude einer Überprüfung durch die Kommunalaufsicht, damit er bei einer Überprüfung auch wirklich beweisen kann, dass bei diesen Vertragsverlängerungen tatsächlich alles rechtens gewesen ist! Auch Ihnen, also der gesamten SPD, müsste doch daran gelegen sein, Ihren SPD-Oberbürgermeister durch eine Überprüfung der Kommunalaufsicht zu entlasten. Wenn Sie natürlich der Meinung oder sich selbst nicht ganz sicher sind, dass der Oberbürgermeister Schulz hier nicht rechtens gehandelt hat, dann, meine Damen und Herren von der SPD, würde ich an Ihrer Stelle diesem DVU-Antrag auch nicht zustimmen. Ansonsten sehe ich überhaupt keinen Grund, warum Sie diesem DVU-Antrag nicht Ihre Zustimmung geben sollten. – Ich bedanke mich!

(B)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern für Bündnis 90/Die Grünen unsere Position zu dem Antrag von Herrn Tittmann hier noch einmal darlegen. Es handelt sich um eine politische Angelegenheit der Stadtgemeinde Bremerhaven. Es ist nicht in Ordnung, dass man Punkte, die dort aus unserer Sicht nicht richtig gelaufen sind, dort aber Sache der Mehrheit in Bremerhaven sind, dass man versucht, die hier in den Landtag zu ziehen. Wir sind allerdings auch der Meinung, dass Schaden angerichtet wurde. Das muss aber dort politisch ausgeglichen werden und nicht hier.

Herr Tittmann, Sie beantragen, dass die Kommunalaufsicht eingeschaltet werden soll. Wir haben keinen Hinweis darauf, dass es sich um eine Angelegenheit für die Kommunalaufsicht handelt. Deshalb werden wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen.

Der Landtag hat auch nicht die Kompetenz, das Verhalten des Oberbürgermeisters zu rügen. Was die Grünen inhaltlich darüber denken, haben wir in Bremerhaven deutlich gemacht. Falls es Möglichkeiten gibt, über die Kommunalaufsicht tätig zu werden, werden wir das tun. Das betrifft aber nicht den von

Ihnen geforderten Fall, die Rechtmäßigkeit der Geschäftsführerverträge zu überprüfen,

(C)

(Abg. **Tittmann** meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

sondern die Grünen sind der Meinung, dass die uns dort verweigerte Akteneinsicht möglicherweise die Kommunalaufsicht auf den Plan rufen wird, und das werden wir aber dann von hier aus betreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/159 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. **Tittmann** [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **Wedler** [FDP])

(D)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Umbau Buntentorsteinweg zwischen Kirchweg und Kornstraße

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/160)

Wir verbinden hiermit:

Verstärkung des Standortmarketings 2004/2005

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/161)

s o w i e

Erweiterung/Anpassung der Regenwasserkanalisation im südlichen Fischereihafen in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/162)

d e s W e i t e r e n

- (A) **Columbus Cruise Center Bremerhaven**
Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/163)

u n d

InnoVision 2010 – Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie im Land Bremen

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/164)

w e i t e r h i n

Landesprogramm „Bremen in t.i.m.e.“

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/165)

s o w i e

Bürgerschaftsbank Bremen GmbH – Garantieübertragung

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/166)

u n d

- (B) **Georg-Bitter-Straße – Flankierende Maßnahmen Platz Am Schosterboorn**

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/167)

w e i t e r h i n

Landesprogramm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/168)

d e s W e i t e r e n

ÖPNV-Anbindung des Büroparks Oberneuland und des Bremer Industrieparks

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/169)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren diese Abfolge von Anträgen in Verbindung miteinander. Das passiert nach der Geschäftsordnung auch mit meinem Einverständnis, weil ich unabhängig von den Einzelanträgen, die jetzt hier aufgerufen worden sind, eine Grundsatzdebatte haben möchte, die sich mit den Rechten von Abgeordneten und von Deputierten beschäftigt.

Die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 25 bis 34 wurden von mir mit Bedacht eingebracht. Einigen von Ihnen werden die Punkte bekannt vorkommen, handelt es sich doch um Themen, die bei der letzten Sitzung der Wirtschaftsförderungsausschüsse, Land, auf der Tagesordnung standen. Es ist eine Demonstration, ich möchte mit dieser Antragsserie auf ein Problem aufmerksam machen, das mich in meiner Arbeit als Abgeordneter und Deputierter massiv bedrängt und dem ich seit Beginn meiner Abgeordneten- und Deputiertentätigkeit ausgesetzt bin.

Schon zu Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit hatte ich mich darum bemüht, nicht nur in die Deputation für Wirtschaft und Häfen gewählt zu werden, sondern auch in die dazugehörigen Wirtschaftsförderungsausschüsse. Dies wurde seinerzeit als schwierig bis unmöglich dargestellt und auf die besonderen Verfahrensregelungen zur Bildung dieser Ausschüsse verwiesen.

Bei der konstituierenden Sitzung der Deputation für Wirtschaft und Häfen am 3. September 2003 habe ich dann beim Punkt „Einsetzung von Wirtschaftsförderungsausschüssen“ und „Wahl der Mitglieder“ einen Ergänzungsantrag gestellt, der das Ziel hatte, ein weiteres Deputationsmitglied, nämlich mich, als ständigen Gast mit Rederecht hineinzuwählen. Begründet hatte ich diesen Antrag damit, dass ich als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen zumindest ein ständiges Gast- und Rederecht in den staatlichen Wirtschaftsförderungsausschüssen haben müsste, um ordentlich arbeiten zu können. Dies wurde mir seinerzeit nicht gewährt. Das Argument, dass ein ständiges Gast- und Rederecht die Mehrheitsverhältnisse in dem Gremium verändert, ist natürlich nicht zutreffend, weil das dadurch nicht verändert wird. Die Mehrheitsverhältnisse bleiben nämlich so, wie sie sind.

Wie gesagt, dieser Antrag wurde seinerzeit abgelehnt, und wegen der grundsätzlichen Bedeutung wurde dann um die Meinung des Bürgerschaftsvorstandes gebeten. Der Bürgerschaftsvorstand hat mit Schreiben vom 12. November mein Ansinnen abgelehnt. In seiner Ablehnung stützt sich der Bürgerschaftsvorstand allein auf Paragraph 10 Absatz 1 des Deputationsgesetzes, Paragraph 1 Absatz 3 dieses Gesetzes wird in dem Schreiben nicht erwähnt.

Anfang Januar dieses Jahres habe ich dann für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft und Häfen

(C)

(D)

(A) Mitte Januar folgenden Antrag gestellt, ich darf noch einmal zitieren: „Um sicherzustellen, dass die Rechte von Einzelabgeordneten, die nicht in den Deputationsausschüssen, auch nicht als ständige Gäste mit Rederecht, vertreten sind, gewahrt werden, sind sämtliche Vorlagen des Senators für Wirtschaft und Häfen zur Befassung in den Wirtschaftsförderungsausschüssen rechtzeitig vor deren Beschlussfassung der Deputation für Wirtschaft und Häfen vorzulegen.“ Damit wollte ich erreichen, dass ich wenigstens unterhalb der Ebene eines ständigen Gastrechts rechtzeitig vor einer Sitzung der – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Wedler, dass Sie jetzt zur Geschäftsordnung reden, ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, das Risiko gehen Sie jetzt auch ein. Sie haben jetzt nicht, in keinem Satz, zu den Anträgen geredet!

(Abg. W e d l e r [FDP]: Dazu komme ich gleich noch!)

Dazu kommen Sie gleich noch, sagen Sie, aber was Sie jetzt machen, Sie reden in eigener Sache zu den Problemen, zu denen der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft eine Stellungnahme abgegeben hat. Sie müssten das dann in geeigneter Form auf eine Tagesordnung bringen, aber Sie können hier jetzt nicht Ihr Anliegen im Rahmen einer Geschäftsordnung debattieren. Sie müssten jetzt schon zu den aufgerufenen Anträgen sprechen, Herr Kollege!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Abg. **Wedler** (FDP): Zu den Anträgen wollte ich gleich noch kommen, kann ich auch kommen. Dazu wollte ich mich noch einmal extra melden, wenn das gewünscht wird. Ich wollte jetzt nur auf das grundsätzliche Problem aufmerksam machen, dass also meine Arbeitsmöglichkeiten in der Deputation dadurch, dass man mir Informationen vorenthält und nicht gewährt, erheblich beeinträchtigt werden. Immerhin bin ich gewählter Abgeordneter, nicht ein Abgeordneter, der – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Lieber Herr Kollege Wedler, wir wollen das jetzt nicht dramatisieren, aber ich bitte Sie doch, jetzt zu den Anträgen zu sprechen, sonst müsste ich Sie abklingeln. Bitte reden Sie zu den Anträgen!

Ihr Problem haben wir im Vorstand der Bremischen Bürgerschaft intensiv beraten. Sie haben die Stellungnahme zugeleitet bekommen, und daran ändert sich im Moment erst einmal nichts. Sie versuchen jetzt, über die Hintertür das hier noch einmal

öffentlich zu thematisieren. Das geht nicht! Sie müssen jetzt zu den Anträgen sprechen.

(C)

Abg. **Wedler** (FDP): Gut, dann muss ich jetzt noch einmal an meinen Platz gehen, da ist nämlich der Ordner mit den Anträgen. Wenn Sie mir erlauben, dann werde ich mich jetzt gleich anschließend noch einmal zu den weiteren Anträgen melden. – Vielen Dank erst einmal!

(Zuruf des Abg. K a s t e n d i e k [CDU])

Präsident Weber: Nein, der Kollege Wedler hat sich quasi vom Pult aus schon wieder zu Wort gemeldet. Das ist richtig, Herr Wedler, oder verzichten Sie jetzt auf die Ausführungen zu Ihren vorliegenden Anträgen?

Das Wort hat der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das entspricht natürlich nicht dem, was hier in der Vorabsprache miteinander besprochen worden ist, dass eben nicht nur die Verbindung der Tagesordnungspunkte stattfindet, sondern hier auch eine Grundsatzdebatte stattfinden soll. Insofern bin ich natürlich etwas enttäuscht, dass hier jetzt offensichtlich davon abgewichen werden soll.

Zu dem Antrag, der hier als Erster auf der Tagesordnung steht, möchte ich Folgendes sagen: Der Bau der BAB 281 erfordert Begleitmaßnahmen im öffentlichen Raum, damit sie ihre verkehrsentlastende Wirkung voll entfalten können. In diese Begleitmaßnahmen ist auch der Buntentorsteinweg einzubeziehen, dem eine maßgebliche Verbindungsfunktion zwischen den Wohngebieten der Bremer Neustadt und der Innenstadt zufällt. Da aufgrund von Verschleißerscheinungen in diesem, spätestens aber im nächsten Jahr eine Erneuerung der Gleisanlagen der Straßenbahnlinien vier und fünf in diesem Bereich notwendig ist, bietet sich eine Verbindung dieser Erneuerungsmaßnahme mit Straßenbaumaßnahmen an. Insbesondere zwischen Kirchweg und Buntentorsteinweg sind diese notwendig.

Gegenwärtig kann der Buntentorsteinweg zwischen Deichschartweg und Kornstraße nur in einer Richtung befahren werden. Dieser Zustand ist mittelfristig nicht haltbar. Es muss darauf hingewirkt werden, diesen Streckenabschnitt wieder für den Zwei-Richtungs-Verkehr freizugeben. Dabei muss jedoch gewährleistet sein, dass Durchgangsverkehr die Anwohner nicht zusätzlich durch Lärm und Abgase belastet. Aus Lärmschutzgründen sollte zudem der gesamte Streckenabschnitt asphaltiert werden, es sei denn, aus stadtbildgestalterischen Gründen ist eine Pflasterung auf Teilabschnitten sinnvoll. Diese müssten dann jedoch zu Tempo-30-Zonen erklärt werden.

(D)

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist ja die Vorlage, Herr Wedler! Dann haben Sie es ja doch!)

(A) Ich fordere deshalb den Senat auf, der Bürgerschaft über den Planungsstand dieses Projektes zu berichten. Dies zu diesem Antrag!

Sie wissen, dass ich eben gesagt habe, dass es hier um ein grundsätzliches Problem geht, dass ich den Inhalt dieser Informationen eben nicht direkt als gewählter Deputierter bekomme und dass ich ihn mir auf Umwegen beschaffen muss und ich damit in meinen Rechten als Abgeordneter massivst beeinträchtigt werde.

(Abg. B r e u e r [SPD]: Jetzt fangen Sie ja schon wieder an!)

Ich bin nicht Mitglied in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, bekomme auch keinerlei Informationen, und deswegen denke ich, ist das hier ein Thema, das man grundsätzlich debattieren muss und woberüber man grundsätzlich auch diskutieren sollte.

Zunächst einmal so viel zu diesem konkreten Antrag! – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dafür, das hier halbwegs zivilisiert über die Bühne zu bekommen.

(B)

(Zuruf des Abg. B ö d e k e r [CDU])

Na ja, Herr Focke, manchmal wünsche ich auch jemandem wie Ihnen, dass Sie einmal merken, wie das ist, wenn man sich nicht immer auf eine sehr große und zum Teil auch ein bisschen arg dröhnende Mehrheit verlassen kann.

(Abg. F o c k e [CDU]: Ich habe nichts gesagt!)

Ich bin der Meinung, dass aus dem Wüppesahl-Urteil, das ein ehemaliges Mitglied der grünen Bundestagsfraktion erwirkt hat, zweifelsfrei folgt, dass Einzelabgeordnete das Recht haben, sich eine Deputation oder einen Ausschuss auszusuchen, in dem Sie mitwirken dürfen. Das Wüppesahl-Urteil sagt auch, da sind wir auch der Meinung des Vorstands, dass damit nicht notwendigerweise ein Stimmrecht verbunden sein muss, das hat Herr Wedler hier aber auch gar nicht verlangt. Er darf sich aber eine Deputation aussuchen, er hat sich die Wirtschaftsdeputation ausgesucht.

In Bremen ist es so, dass die Wirtschaftsförderungsausschüsse aus verschiedenen Deputationen gebildet werden, Arbeit, Kultur, Wissenschaft – habe ich noch etwas vergessen? –, Wirtschaft und Häfen natürlich, und dass mit dieser Konstruktion sicher-

gestellt werden soll, dass Vorlagen, die sonst in den Fachdeputationen gewesen wären, weil sie eben besonders wichtige Wirtschaftsförderungsangelegenheiten behandeln, unverzüglich dort behandelt werden sollen und nicht mehr direkt in die Wirtschaftsdeputation kommen.

Sie wissen, dass die Grünen das kritisch sehen, weil wir eher wollen, dass die fachlichen Beratungen da stattfinden, wo sie stattfinden, aber mit unserer Sichtweise konnten wir uns nicht durchsetzen. Wir sind aber der Auffassung, dass die Tatsache, dass Bremen sich hier so organisiert, dass es Wirtschaftsförderungsausschüsse gibt, nicht dazu führen darf, dass die Kenntnisaufnahme von Unterlagen in den zuständigen Fachdeputationen damit ausgehöhlt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb sind wir ganz klar der Meinung, dass Herr Wedler diese Unterlagen vor den Sitzungen bekommen soll. Er ist nicht Mitglied der Wirtschaftsförderungsausschüsse, darauf hat er auch kein Recht, dafür setzen wir uns auch nicht ein, aber dass er die Unterlagen aus seiner Deputation, die er sich nach dem Wüppesahl-Urteil hat aussuchen dürfen, zeitnah erhält, dass er sich dazu eine Meinung bilden kann, finde ich selbstverständlich.

Ich weiß auch nicht so genau, ob man sich hier, ob sich das Parlament insgesamt einen Gefallen tut, wenn es so damit umgeht. Normalerweise leiden Abgeordnete nicht unter zu wenig, sondern unter zu viel Papier. Welche Gefahr darin bestehen soll, wo gerade die SPD-Fraktion vom Informationsfreiheitsgesetz redet und die Rechte auch von Herrn Wedler über Akteneinsicht viel größer sind, da kommt man schon auf die Idee, dass es sich hier darum handelt, dass man da jemanden ein bisschen kleinsägen will. Die Grünen möchten damit nicht gern etwas zu tun haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Anträgen will ich hier nichts sagen. Meine Rede ist beendet. Wir haben uns damit in den Wirtschaftsförderungsausschüssen auseinander gesetzt. Ich glaube, alle bis auf eine Vorlage sind mit den Grünen auch im Konsens gewesen, dem haben wir zugestimmt. Dort hat die fachliche Erörterung stattgefunden, die war aus unserer Sicht befriedigend. Wenn es Konflikte gegeben hätte, hätten wir es in die Bürgerschaft hineingebracht. Das war in diesem Fall aber nicht notwendig, und wir können auch bei diesem Verfahren bleiben.

Machen Sie aber einmal ein bisschen halblang, auch Einzelabgeordnete sind vom Volk gewählt, und Sie vergeben sich hier weiß Gott nichts, wenn Sie einen großzügigen Weg suchen. Jemanden vor den Staatsgerichtshof zu treiben und möglicherweise dort eine Auseinandersetzung zu verlieren, das droht aus unserer Sicht zumindest rechtlich, würde einen viel

(C)

(D)

(A) größeren Schaden für das ganze Haus anrichten, als wenn Sie jemandem die Unterlagen geben. – Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde zu den zehn Anträgen inhaltlich jetzt nichts sagen. Herr Wedler hat auch nur zu dem einen etwas gesagt. Ich werde aber im Grundsatz für diese zehn Anträge etwas sagen.

Die fachliche Erörterung hat in den Wirtschaftsförderungsausschüssen stattgefunden, das hat Frau Linnert eben gesagt. Es ist nun einmal so, dass in den Wirtschaftsförderungsausschüssen nicht alle 83 Abgeordneten sitzen. Es gibt viele Mitglieder, die in anderen Deputationen sind, die auch nicht in den Wirtschaftsförderungsausschüssen sitzen und die Unterlagen auch nicht vorher bekommen. Wir sind allerdings der Meinung, dass, wie wir es in der Bau- deputation, aber auch in der Umwelt- und der Wissenschaftsdeputation handhaben, man die Unterlagen, die in den Wirtschaftsförderungsausschüssen besprochen werden, auch nachträglich den Deputationen zur Kenntnis geben kann, die damit befasst werden. Ich glaube auch, dass Bürgermeister Perschau sich eben so eingelassen hat, dass es zukünftig so sein wird, dass diejenigen Vorlagen aus den Wirtschaftsförderungsausschüssen zur Kenntnis gegeben werden, die die Wirtschaftsdeputation betreffen, in der Herr Wedler Mitglied ist.

(B)

(Abg. Frau **K r u s c h e** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn alles entschieden ist!)

Ich glaube, damit ist der Sache auch Genüge getan. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem eigentlich keiner der Vorredner zu dem Sachantrag geredet hat, sondern über die Behandlung dieses Antrags, nehme ich mir jetzt einfach das Recht heraus, dies auch kurz zu tun.

Herr Wedler, Angelegenheiten der Wirtschaftsförderungsausschüsse werden abschließend in diesen Wirtschaftsförderungsausschüssen beraten, fachlich ausgetauscht. Das folgt relativ klar aus der gesetzlichen Grundlage Paragraph 10 Absatz 1 Deputations-

*) Vom Redner nicht überprüft.

gesetz. Was Sie hier mit den zehn Anträgen beabsichtigen, ist nichts weiter, als dass diese abschließende Beratung hier im Parlament noch einmal wiederholt werden soll und Sie hier alles erneut diskutieren können. Das heißt, eigentlich wäre der richtige Antrag, den Sie hätten stellen müssen, nicht der, dass Sie etwas über den Buntentorsteinweg wissen wollen, sondern dass Sie die Auflösung der Wirtschaftsförderungsausschüsse beantragen. Darüber kann man nachdenken. Ich halte die Wirtschaftsförderungsausschüsse auch in der jetzigen Struktur für ein durchaus taugliches Instrument der Wirtschaftsförderung, das sicherstellt, dass effektiv, unter Einbeziehung aller Fachkompetenz abschließend geredet wird.

(C)

Mir war, als ich Ihre Anträge zunächst gesehen hatte, nicht klar, ob man die Anträge, so wie sie gestellt sind, überhaupt als Anträge nach Paragraph 31 Geschäftsordnung stellen kann oder ob Sie diese Begehren nicht eigentlich als Fragen in der Fragestunde hätten einbringen müssen. Ich denke, das Verfahren ist, was diese Frage angeht, ausgesprochen offen. Ich möchte mich aber demnächst nicht in jeder parlamentarischen Sitzung mit zehn Tagesordnungspunkten der Wirtschaftsförderungsausschüsse beschäftigen.

Soweit ich weiß, ist auch mit Ihnen ein Übereinkommen erzielt worden, so bin ich zumindest informiert worden, dass Sie im Nachhinein alle Unterlagen der Wirtschaftsförderungsausschüsse erhalten und uns dann mit weiteren Tagesordnungspunkten verschonen. Sollte das so sein, denke ich, können wir das in Zukunft auch so handhaben und die Debatte an diesem Punkt abkürzen. Wenn Sie hier aber erklären, dass Sie mit diesem Verfahren nicht einverstanden sind, sondern wir als Bürgerschaft immer die komplette Tagesordnung der Wirtschaftsförderungsausschüsse wiederholen müssen, dann ist es in der Tat die Frage, wie wir dies in Zukunft gesetzlich regeln. Dann wäre ich jedoch für eine strikte Handhabung, und, Frau Linnert, es ist natürlich immer das Recht des Einzelabgeordneten sehr hoch zu halten. Wenn ich mir aber die parlamentarische Besetzung hier im Haus anschau und leider feststellen muss, dass wir nicht nur Demokraten hier haben, möchte ich die Bühne der Wirtschaftsförderungsausschüsse nicht für populistische Propagandawerke zum Nachteil Bremens öffnen, was wir dann leider hier zu erwarten hätten. – Danke!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Punkten, die eben diskutiert wurden, etwas sagen. Übereinkommen mit mir: Es ist soweit richtig, dass im Vorwege

(A) dieser Sitzung mit mir gesprochen wurde. Da ist gerade über das Thema, wie dort künftig vorgegangen werden soll, mit mir diskutiert worden. Es ist aber keine Übereinstimmung dahingehend erfolgt, dass ich mit einer nachträglichen Kenntnisnahme der Unterlagen einverstanden bin, sondern ich muss gerade im Vorhinein wissen, was dort Gegenstand ist, damit ich von meinen Deputationsrechten Gebrauch machen kann. Anders kann es ja gar nicht funktionieren. Wie soll ich im Nachhinein, wenn schon beschlossen worden ist, dann möglicherweise tätig werden? Es heißt ja nicht, dass ich zu allen Punkten etwas sage, aber es kann ja durchaus sein.

Beim letzten Mal hatten wir ja ein wichtiges Bremerhavener Thema potentiell auf der Tagesordnung, das Auswandererhaus, das ist dann ja heruntergenommen worden. Es hätte mich natürlich interessiert, was darin an Information ist und was da an Beschlüssen gefasst werden soll. Es muss dann möglich sein, im Vorwege rechtzeitig vorher die Information zu bekommen, damit ich mich dann damit beschäftigen kann und gegebenenfalls von meinen Deputationsrechten Gebrauch machen kann. Auf der Basis wäre ich einverstanden, wenn wir dort ein Einverständnis erzielen könnten.

Ich habe mit keiner Silbe verlangt, dass die Wirtschaftsförderungsausschüsse aufgelöst werden sollen. Das ist auch gar nicht Gegenstand dieser Debatte. Es geht hier darum, meine Deputationsrechte wirksam werden zu lassen, nicht um die Frage, Wirtschaftsförderungsausschuss ja oder nein. Ich weiß, dass es solche Überlegungen gibt. Wenn sie eingebracht werden würden, würde ich denen auch folgen, da ich dies auch ähnlich sehe. Wie gesagt, dies ist momentan nicht Gegenstand der Debatte. Gegenstand der Debatte sind die Deputationsrechte, die ich habe, und meine rechtzeitige Mitwirkungsmöglichkeit. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Also, wenn ich es richtig verstehe, Herr Kollege Wedler, sind Sie damit einverstanden, wenn Sie als Mitglied der Deputation für Wirtschaft die Informationen bekommen, die dann auch in den Wirtschaftsförderungsausschüssen behandelt werden, denn es werden ja in den Wirtschaftsförderungsausschüssen auch nicht nur Themen der Wirtschaftsdeputation behandelt, sondern auch in der gesamten Breite des Spektrums, das wir behandeln. Das, was in der Wirtschaftsdeputation ist, interessiert Sie. Das ist doch eine Frage der Absprache, und deswegen müssen wir doch hier nicht das gesamte Plenum eines Landtages heute Vormittag damit beschäftigen. Ich würde deswegen vorschlagen, dass wir das hier noch einmal intern regeln, so dass wir dann mit Ihnen eine einvernehmliche Lösung finden.

Ihre Anträge liegen jetzt vor. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Wedler, dass zu den weiteren Anträgen, die Sie eingebracht haben, eine Aussprache nicht

mehr stattfindet, aber ich glaube, formal muss ich jetzt wohl über die Anträge abstimmen lassen. Ich habe sie aufgerufen, also müssen sie jetzt auch abgestimmt werden.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Er kann sie auch zurückziehen!)

Zur Geschäftsordnung, Herr Wedler!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich kann ja diese Anträge, nachdem die Debatte eben geführt worden ist, durchaus zurücknehmen, so dass wir uns die Abstimmung ersparen können. Mir kommt es auf die Sache an.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Sehr schön! Also sind die Anträge, die ich gerade aufgerufen habe, von dem Abgeordneten Wedler, FDP, zurückgezogen worden.

Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz zur Höhe der Fraktionszuschüsse

Mitteilung des Vorstands der
Bremischen Bürgerschaft
vom 2. März 2004
(Drucksache 16/170)

(B)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zum Bericht des Vorstands und zu dem abverlangten Beschlussvorschlag eine persönliche Erklärung abgeben. Sie wissen, dass ich genau zu diesem Thema, nämlich zu den Fraktionszuschüssen, eine Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht habe, weil ich der Meinung bin, in meinem Status als Abgeordneter, der keiner Fraktion angehört, verletzt zu werden.

Auslöser für mich waren die Beschlüsse im Haushalts- und Finanzausschuss Anfang September 2003, wodurch die Erhöhung und weitere Zahlung von Fraktionszuschüssen ermöglicht und zusätzlich noch der personell geschrumpften CDU-Fraktion eine Sonderzahlung in Höhe von knapp 40 000 Euro zugewilligt wurden. Dagegen hatte ich damals, wie Sie wissen, nicht nur im Haushalts- und Finanzausschuss, sondern auch hier im Plenum opponiert. Meine Anträge wurden damals abgelehnt.

Sie wissen, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2002 ein grundlegendes Urteil gefällt hat, nach dem alle Abgeordneten in Statusfragen formal gleich zu behandeln sind, damit keine Abhängigkeiten und Hierarchien über das für die Arbeitsfähigkeit des Par-

(C)

(D)

(A) laments unabdingbare Maß hinaus entstehen. Das hat auch Bedeutung für uns hier in Bremen und betrifft nach meinem Dafürhalten unter anderem das gesamte Konzept der Fraktionsfinanzierung, so wie es hier im Bericht des Vorstands dargestellt wird. Ob dieses Konzept rechtlich haltbar ist oder ob für unsere bremische Situation und Verfahrensweise in diesem Bereich Differenzierungen notwendig sind, sollte der Staatsgerichtshof entscheiden. Deshalb meine Klage!

Dem Gebot der Transparenz entsprechend kann es nicht ausreichen, wie es in der Vergangenheit wohl stets praktiziert wurde, dass der Bürgerschaftsvorstand einen Vorschlag erarbeitet, der dann nur noch haushaltsmäßig durch Beschlussfassungen im entsprechenden Ausschuss umgesetzt wird, und später wird der Bürgerschaft dann berichtet. Entweder erfolgt eine Regelung unmittelbar durch Gesetz, oder es gibt dazu einen ausdrücklichen Parlamentsbeschluss, so wie er heute hier angestrebt wird. Unter Transparenzgesichtspunkten wäre jedoch nach meiner Auffassung ein Gesetz besser, das die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und eine eventuelle Entscheidung unseres Staatsgerichtshofs berücksichtigt, zum Beispiel unser Abgeordnetengesetz.

(B) Der Bericht des Vorstands ist auch nicht vollständig, so fehlt zum Beispiel das Thema Zahlung von Fraktionszulagen durch die Fraktionen selbst aus den ihnen insgesamt gewährten Fraktionsmitteln. Gerade dieser Punkt, den man auch als Umwegfinanzierung der verbotenen direkten Finanzierung solcher Funktionen aus Haushaltsmitteln bezeichnen kann, ist besonders heikel und umstritten, wie Sie den kürzlich entschiedenen beziehungsweise nicht entschiedenen Staatsgerichtshofsverfahren entnehmen konnten. Die Zahlung der so genannten Funktionszulagen erscheint lediglich in den regelmäßigen Rechnungsberichten der Fraktionen, dabei muss man aber sehen, dass dort lediglich das Faktum berichtet wird, aber mehr auch nicht.

Nicht erwähnt wird auch die Tatsache, dass der Haushalts- und Finanzausschuss Anfang September 2003 der CDU-Fraktion eine Ausgleichszahlung zugestimmt hat, die dann, wie ich der Presse entnommen habe, im Dezember zurückgezahlt oder auf deren Auszahlung verzichtet wurde, das ist mir nicht so ganz klar. Dieser Punkt hätte im Bericht zusammen mit einer Begründung für die Nichtinanspruchnahme dieser Mittel zumindest erwähnt werden sollen. Das wäre für uns alle hier immerhin erhellend gewesen.

Wenn man sich den Paragraphen 40 unseres Abgeordnetengesetzes einmal näher anschaut, muss man feststellen, dass dort nur von Fraktionen die Rede ist. Gruppen oder Einzelabgeordnete gibt es nicht, obwohl diese doch die gleichen Notwendigkeiten wie Fraktionen haben, gerade auch dann,

wenn sie auf einem eigenen Wahlvorschlag direkt in das Parlament gewählt worden sind. (C)

Das Zweite, was auffällt, ist, dass es für den Bereich der Fraktionszuschüsse und der weiteren Geldzuwendungen, die nach Paragraph 40 Absatz 2 des Abgeordnetengesetzes gewährt werden können, keine externe Begutachtung gibt. Für die Abgeordnetenentschädigung gibt es eine Kommission, die regelmäßig berichtet und Vorschläge macht, für den Bereich der Fraktionsfinanzierung gibt es dies nicht. Das ist, wie ich finde, ein großer Mangel in diesem Bereich.

Ich glaube, dass der Paragraph 40 unseres Abgeordnetengesetzes dringend überarbeitet werden muss und dass dabei dann auch die von mir angestrebte Entscheidung des Staatsgerichtshofs in der Sache eine große Bedeutung hat.

Den Bericht des Vorstands nehme ich zwar zur Kenntnis, ich werde dem Beschlussvorschlag jedoch nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Fraktionen haben als ständige Gliederungen der Parlamente eine wichtige Aufgabe im Verfassungsgefüge demokratischer Staaten. Im Rahmen ihrer Aufgaben steuern und erleichtern sie die parlamentarische Arbeit und wirken in der Willensbildung des Parlamentes mit. Um diese verfassungsgerichtlich anerkannten Aufgaben sachgerecht erfüllen zu können, stehen ihnen auf Bundes- und auch auf Landesebene selbstverständlich öffentliche Zuschüsse zur Verfügung. (D)

Die im Bericht des Bürgerschaftsvorstands erwähnte Steigerung der Fraktionszuschüsse liegt mit 1,5 Prozent jährlich unter der allgemeinen Teuerungsrate. Die aktuelle Befassung des Rechnungshofs hat zu keinerlei Beanstandungen der monatlichen Geldleistungen an Fraktionen geführt.

Ich bin neu im Parlament, trotzdem muss ich bemerken, dass wir in den acht Monaten dieser Legislaturperiode jetzt zum dritten Mal über Fraktionszuschüsse diskutieren. Wenn ich das hochrechne, wird uns dieses Thema bis zum Ende der Legislaturperiode noch 14 Mal beglücken. Um dies abzukürzen, Herr Wedler – Ihre Haltung in allen Ehren –, würde ich es Ihnen einfach anraten, es mit Cato dem Älteren zu halten und einfach jede Ihrer Reden mit dem Satz abzuschließen: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Fraktionszuschüsse abzuschaffen sind.

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht,

(A) was die Rede von Herrn Wedler mit einer persönlichen Erklärung zu tun gehabt hat, denn es war ein Debattenbeitrag, und ich hoffe, dass das im Protokoll auch entsprechend so vermerkt wird, denn wir müssen uns auch selbst ernst nehmen und unserer Geschäftsordnung ansatzweise folgen. Ich finde, auch an der Stelle, Herr Wedler, gehört so ein bisschen Ehrlichkeit dazu.

Wir haben, Herr Tschöpe hat es gesagt, hier schon mehrmals über die Fraktionszuschüsse gesprochen. Sie vermengen hier mehrere Probleme miteinander, Herr Wedler. Das von Ihnen zitierte Urteil des Bundesverfassungsgerichts behandelt ausschließlich die Organisation, die Zahlung von Zuschüssen im Thüringer Parlament, nicht mehr und nicht weniger. Wenn Sie jetzt hier den Eindruck vermitteln, als würde mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Handlungsnotwendigkeit für alle anderen Parlamente geschaffen, versuchen Sie bewusst, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Ihr Versuch an der Stelle auch vor dem Staatsgerichtshof ist nach meiner Auffassung durchsichtig. Ich gehe davon aus, dass er auch entsprechend bewertet wird.

(B) Abschließend möchte ich noch eines erwähnen, falls Sie die Zeitung doch nicht gelesen haben. Wir haben es öffentlich erklärt, Herr Wedler, deswegen tun Sie hier nicht so, als würden Geheimnisse bei den Fraktionen bestehen, warum wir unsere 40 000 Euro zurückgezahlt haben. Der Grund war, dass wir sparsam gehandelt haben und am Ende des Jahres festgestellt haben, dass wir die 40 000 Euro nicht in Anspruch nehmen müssen und sie natürlich auch automatisch zurückgezahlt haben. Also, Herr Wedler, weil Sie keine Zeitung gelesen haben, das noch zu Ihrer Information! Hören Sie bitte auf, die Öffentlichkeit bewusst in die Irre zu führen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte es kurz machen. Herr Wedler, Ihr Ansinnen ist an Scheinheiligkeit durch nichts mehr zu überbieten. Tatsache ist, und dagegen habe ich namens der Deutschen Volksunion schon in etlichen Redebeiträgen hart und rigoros gekämpft, Tatsache ist, dass die Fraktionsgelder viel zu hoch sind und überhöht sind. Das steht hier außer Frage, und dagegen habe ich immer namens der Deutschen Volksunion gekämpft, das ist ganz klar. Nur, die Scheinheiligkeit ist ja bei Ihnen, Herr Wedler, ich habe das Gefühl, dass Sie als Einzelabgeordneter noch mehr Geld haben möchten, als Sie jetzt schon bekommen. Das Gefühl werde ich nicht los. Dagegen verwahrt sich die DVU vehement. Wir lehnen Ihr Ansinnen, wahrscheinlich

als Einzelabgeordneter noch mehr Geld auf Kosten der Bevölkerung erhalten zu wollen, rigoros ab! (C)

(Zuruf von der CDU: Waschmaschine!)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab eine Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, für die Fraktionszuschüsse in der Tat zu hoch waren, und das ist die DVU-Fraktion gewesen zwischen 1991 und 1995!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Diese Fraktion hat Sicherheitszuschläge für Abgeordnete gezahlt in der Größenordnung von 20 Prozent der Diäten, das waren damals 807 DM einfach so oben darauf aus Fraktionszuschüssen in rechtswidriger Art und Weise. Sie hat 1500 DM zusätzlich für jedes Fraktionsmitglied gezahlt für die Fraktionsarbeit. Sie hat, vom Rechnungshof gerügt, bundesweite Anzeigen in den Blättchen des Herrn Frey geschaltet aus Fraktionsmitteln.

Sie hat ein Scheinbüro in Bremerhaven eröffnet, um die Bevölkerung über ihre parlamentarische Arbeit zu täuschen, als indirekte Parteienfinanzierung. Die damalige Fraktionsvorsitzende Frau Blohm ist mit einem überteuert gekauften Kleinbus durch die Gegend kutschiert. Das alles hat dazu geführt, dass der Staatsgerichtshof am 19. Oktober 1996 die DVU dazu verdonnert hat, 261 000 Euro zu Unrecht gezahlte, zweckentfremdete Fraktionszuschüsse zurückzubezahlen. Das sind die Fraktionszuschüsse der DVU-Fraktion! (D)

Die anderen Fraktionen in diesem Haus verwenden ihre Fraktionszuschüsse für parlamentarische Arbeit. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschäftigt eine große Zahl wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir verwenden die Fraktionszuschüsse dafür, um uns kundig zu machen, um unser Mandat bürgernah auszuüben. Wir organisieren die Fraktionsarbeit.

Herr Tschöpe kritisiert, dass das Parlament zu oft über Fraktionszuschüsse debattiert, ich habe keine Schwierigkeiten damit. Das Volk hat ein Recht zu wissen, wie viel Geld die Fraktionen für ihre Arbeit bekommen und was sie damit machen. Wir legen Rechnung darüber. Ich kann Ihnen sagen, es ist in Ordnung, darüber zu reden, wir haben nichts zu verbergen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verhält sich rechtskonform.

Sie, Herr Wedler, fangen hier wieder mit der Funktionszulage an. Das wird der Staatsgerichtshof entscheiden. Das muss man jetzt nicht hier aufwärmen. Ich habe eine andere Auffassung als Sie, aber wenn

(A) das Gericht geurteilt hat, dann wissen wir genau, ob es da Konsequenzen für Bremen gibt. Die Grünen zahlen keine rechtswidrigen Funktionszulagen, weder in der Vergangenheit, noch haben wir das vor.

Aus der Rechnungslegung der Fraktionen geht hervor, wofür wir unsere Mittel verwenden. Herr Wedler, ich habe da ganz klar eine andere Meinung als Sie. Der Vorstand berichtet hier über die Höhe der Fraktionszuschüsse und über sonst gar nichts. Alles andere soll er auch gar nicht, denn ich möchte das nicht, dass der Vorstand, der auch ein Abbild der Mehrheitsverhältnisse des Parlaments ist, Fraktionen vorschreibt, was sie mit ihren Geldern machen sollen. Das hätte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr üble Konsequenzen. Dann könnten wir nämlich nicht mehr die vielen Arbeitsplätze schaffen, wie wir das heute tun. Ich finde es gerade richtig, dass der Vorstand nichts weiter tut, und so ist auch die Rechtslage, als dem Parlament mitzuteilen, welche Größenordnung die Fraktionen erhalten und nicht mehr. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer den in dem Bericht des Vorstands mit der Drucksachen-Nummer 16/170 enthaltenen Festlegungen zur Höhe der Fraktionszuschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und Abg. **W e d l e r** [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Festlegungen zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Vorstands gemäß Paragraph 40 in Verbindung mit dem Paragraphen 24 Bremisches Abgeordnetengesetz Kenntnis.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12 vom 9. März 2004

(Drucksache 16/181)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Jugendstrafvollzug: Nicht konzeptionslos Fakten schaffen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2004 (Drucksache 16/182)

Wir verbinden hiermit:

Umsetzung des Konzeptes zur Neuorganisation des bremischen Strafvollzuges beginnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. März 2004 (Drucksache 16/193)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren hier über einen Gegenstand, der schon seit längerem im politischen Raum schwebt. Wir diskutieren über einen Zwischenstand bei einem Projekt, das höchst umstritten ist. Ich möchte die Debatte, die wir im Juni zu führen haben, nicht vorwegnehmen. Dann soll nämlich die Große Anfrage der großen Koalition diskutiert werden, die immerhin im November eingebracht worden ist.

Ich möchte nur kurz zitieren, was die Jugendrichter zu dem Thema gesagt haben. Sie befürchten, dass bewusst qualifizierte Arbeitsplätze in Bremen vernichtet werden, wo an anderen Stellen mit Millioneninvestitionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dass dies nichts mit Einsparungen zu tun hat, da Bremen an Niedersachsen die vollen Personal- und Sachkosten zu zahlen hat, dass die Möglichkeit eines effektiven, eventuell auch alternativen Vollzugs sehenden Auges verpasst wird, dass dies zu Lasten der Jugendlichen geht und die Rückfallgefahr dadurch eher größer wird, dass sachfremde Erwägungen der Politik zu diesen Plänen geführt haben, ohne dass darüber offen und öffentlich diskutiert wurde und dass dadurch ein weiteres Stück Selbständigkeit Bremens verloren geht.

(C)

(D)

- (A) Von den Menschen, die sich in Bremen mit Rechtspolitik beschäftigen, gibt es bislang keine Stellungnahme von jemandem, der sich für den Umzug nach Hameln ausspricht. Eine solche Stimme habe ich bislang nicht wahrgenommen. Interessant am Antrag der großen Koalition zum jetzigen Zwischenstand ist, dass von der früheren Überzeugung, dass es unbedingt nach Hameln gehen muss, nicht mehr viel zu spüren ist. Es heißt jetzt nur noch, dass der Senat aufgefordert wird, die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen und zu berichten. So richtig überzeugt klingt das nicht mehr. Sie haben den Plänen von Staatsrat Mäurer im Rechtsausschuss zugestimmt. Sie haben die Grundsatzentscheidung getroffen, und weil die falsch ist, macht es natürlich Sinn, jetzt langsam den Rückwärtsgang einzulegen. Das ist sicherlich eine richtige Aktion.
- Offiziell verhandeln Bremen und Niedersachsen seit dem 11. November 2003, seit der gemeinsamen Kabinettsitzung miteinander über die Verlagerung des Jugendstrafvollzuges von Blockland nach Hameln. Seit vier Monaten wird verhandelt, aber es liegen noch keine Zahlen auf dem Tisch.
- Gegenstand der Verhandlungen sind einerseits die Kosten pro Hafttag, die Bremen künftig an Niedersachsen überweisen soll. Auch ist zu verhandeln, welche Investitionen Bremen in Niedersachsen zu finanzieren hat. Auf der anderen Seite steht die Auflösung der bisherigen Vereinbarung mit Niedersachsen. Niedersachsen kann bislang zwischen 35 und 80 Jugendliche in Bremen unterbringen, zahlt dafür die laufenden Kosten, produziert also Einnahmen für den bremischen Haushalt. Bremen hat 1998 Investitionen im Blockland getätigt, für die Niedersachsen noch 17 Jahre lang 300 000 DM oder in einem Schlag 5,1 Millionen DM, 2,6 Millionen Euro, zu zahlen hätte, wenn Niedersachsen die Vereinbarung kündigt.
- Die Interessenlage ist nicht so komplex, dass man dafür Ewigkeiten verhandeln muss. Deshalb war auch in der Vorlage für die gemeinsame Kabinettsitzung im November enthalten gewesen, dass die Verhandlungen bis zum Jahresende 2003 abgeschlossen werden sollten. Die Verhandlungen sind deshalb so schwierig, zumindest steht das zu vermuten, weil es in der jetzigen Haushaltslage beim jetzigen Stand der Haushaltsberatungen äußerst schlecht vermittelbar wäre, dass nun auch das Justizressort mehr Geld braucht, und zwar sowohl bei den Investitionen als auch bei den Sachmitteln.
- Bislang sind für die Pläne von Staatsrat Mäurer keine zusätzlichen Mittel in den Haushaltsentwürfen berücksichtigt. In dieser Situation werden Fakten geschaffen. In Kürze werden zirka 90 Insassen von Blockland nach Oslebshausen umziehen. Es zieht aber nicht der gesamte Jugendstrafvollzug vorübergehend um, bevor es nach den Plänen des Ressorts nach Hameln geht, sondern die 35 Jugendlichen aus Niedersachsen, die aufgrund der eben genannten Vereinbarung zurzeit in Bremen untergebracht sind, bleiben in Blockland. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, jetzt diese Zwischenlösung zu machen.
- Für die 35 Jugendlichen, die in Blockland einsitzen, verschlechtern sich die Bedingungen erheblich. Es werden vier Leute pro Schicht zuständig sein für einerseits übergangsweise 40 Frauen, die noch in Blockland untergebracht sind, und die 35 niedersächsischen Jugendlichen. Ein Mensch muss dafür abgestellt sein, die Pforte zu bedienen, und da ist es nicht schwer, sich einmal die Situation auszumalen, was passiert, wenn etwas passiert. Wenn es tatsächlich Auseinandersetzungen gibt, dann bleibt nichts anderes mehr übrig, als die Polizei zu rufen. Das ist eine Situation, die, glaube ich, ziemlich absurd ist.
- Es bleiben die Werkbetriebe für die Jugendlichen im Blockland, die nach Oslebshausen gebracht werden. Es entsteht ein riesiger Transportaufwand. Wenn gesagt wird, dass alle Maßnahmen, alles von dem, was bislang im Blockland passiert, weiterlaufen soll, dann muss man auch wissen, dass zum Beispiel beabsichtigt ist im Bereich der Leitung, im Bereich der Verwaltung das, was bisher dreieinhalb Stellen erledigt haben, künftig in der Übergangslösung nur noch von zwei Personen dargestellt werden soll. Dass damit sichergestellt wird, dass alles so weiterläuft, dass alle Maßnahmen, die vereinbart worden sind, weitergeführt werden, das ist wohl, glaube ich, im Bereich der Illusionen.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- (D) Das Absurde an der Situation ist, dass beide langfristigen Lösungen davon ausgehen, dass die niedersächsischen Jugendlichen zurück nach Niedersachsen gehen, bei der von Ihnen verfolgten Hameln-Variante sowieso und bei der von uns bevorzugten Bremer Lösung, die der Förderkreis des Jugendvollzugs vorgeschlagen hat, ebenfalls. Das muss dann doch den Eindruck entstehen lassen, dass die 35 Jugendlichen im Blockland für die Frage, wer denn letztlich die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen löst und wer die verbleibenden Investitionskosten für Blockland 1998 letztlich zu tragen hat, zum Mittel werden. Es wird ein Druck gegenüber Niedersachsen aufgebaut, damit Bewegung in die Verhandlungen kommt.
- Eine solche Situation ist für uns nicht hinnehmbar, denn mit der Vereinbarung, dass die Jugendlichen aus Niedersachsen in Bremen untergebracht werden, ist Bremen auch eine Verpflichtung eingegangen, und zwar gegenüber genau diesen Jugendlichen. Wenn auf die niedersächsische Seite mit der Situation dieser 35 Jugendlichen Druck ausgeübt wird, dann ist das eine Situation, auf die wir uns nicht einlassen können.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Was passiert denn eigentlich, wenn Niedersachsen sich nicht darauf einlässt? Dann steht doch zu

(A) befürchten, dass uns irgendwann diese missliche Übergangssituation als Argument aufgetischt wird, mit dem wir dann jeder beliebigen Summe, jedem beliebigen Ergebnis der Verhandlungen zustimmen müssen, damit eine solche Übergangssituation, wie sie jetzt geschaffen wird, endlich beendet wird. Wir wollen nicht, dass aus taktischen Gründen Fakten geschaffen werden, die jedenfalls für die Jugendlichen keine Verbesserung sind. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst aus dem Gesetz zitieren: „Durch den Vollzug der Jugendstrafe soll der Verurteilte dazu erzogen werden, künftig einen rechtschaffenen und verantwortungsbewussten Lebenswandel zu führen. Ordnung, Arbeit, Unterricht, Leibesübung und sinnvolle Beschäftigung in der freien Zeit sind die Grundlagen dieser Erziehung. Die beruflichen Leistungen des Verurteilten sind zu fördern. Ausbildungsstätten sind einzurichten, die seelsorgerische Betreuung wird gewährleistet. Um das angestrebte Erziehungsziel zu erreichen, kann der Vollzug aufgelockert und in geeigneten Fällen weitgehend in freien Formen durchgeführt werden.“ Schließ-
(B) schließlich: „Die Beamten müssen für die Erziehungsaufgabe des Vollzugs geeignet und ausgebildet sein.“

Wir reden hier also über einen bundesgesetzlichen Auftrag, der nicht dahin geht, was man ja auch in Bremen gelegentlich hört, man könne straffällig gewordene Jugendliche auch dauerhaft wegsperren, weil es viel zu schwierig ist, mit ihnen umzugehen, sondern hier steht die Erziehung im Jugendstrafvollzug im Vordergrund. Wir nehmen diese Aufgabe jedenfalls ernst und stellen uns dieser Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Es geht also nicht um Wegsperren, es geht um Betreuung, um Schule, um Ausbildung, um die Gefangenen in die Lage zu versetzen, sich nach der Entlassung zu integrieren und ein straffreies Leben zu führen.

Dabei haben allerdings, das ist klar, die Länder bei der Umsetzung dieser Aufgabe einen großen Gestaltungsspielraum. Wir haben in Bremen eine ganz besondere Situation. Wir sind ein sehr kleines Bundesland, und wir haben in Bremen eine kleine Jugendvollzugsanstalt mit 65 bremischen strafgefangenen Jugendlichen, dazu kommen 35, die wir aufgrund des Staatsvertrags aus Niedersachsen übernommen haben. Außerdem kommen 20 bis 35 jugendliche Untersuchungshäftlinge dazu, diese Zahl schwankt.

Die Anstalt, die wir im Blockland haben, ist ehemals konzipiert worden für 270 bis 300 Gefangene.

Es war damals in den siebziger Jahren eine andere Zeit, und die demographische Entwicklung hat unter anderem eben dazu geführt, dass wir nicht mehr so viele jugendliche Straf- und Untersuchungsfangene haben, und wir müssen uns auf diese Entwicklung einstellen. Es ist doch völlig klar, das kann man doch nicht verdrängen, dass kleine Anstalten, weil jeweils zentrale Dienste vorgehalten werden müssen, sehr personal- und sehr kostenintensiv sind. Wir haben die Jugendstrafanstalt im Blockland, wir haben sechs Teilanstalten in Oslebshausen, Frauenvollzug, wir haben die Anstalt in Bremerhaven. Das Ganze ist also sehr kosten- und sehr personalintensiv, und wir sind aus finanzpolitischen Gründen gezwungen, einen auch unter Kostengesichtspunkten vertretbaren Strafvollzug in Bremen zu organisieren.

Deshalb ist es richtig, dass der Senat beschlossen hat, den Standort Blockland aufzugeben, und es ist auch richtig, was diese Koalition vereinbart hat, dass Bremen sich auf einen Teil des Vollzugs konzentrieren soll, nämlich auf den Strafvollzug mit den männlichen erwachsenen Strafgefangenen.

Nun wird so getan, als ob dies eine völlig neue und ganz besondere Entwicklung sei. Ich will dazu nur sagen: Es gibt eine lange Tradition von Vereinbarungen über so genannte Vollzugsgemeinschaften mit den Nachbarländern, mit Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen. Es gab Zeiten, da waren die strafgefangenen männlichen Erwachsenen, die über vier Jahre zu verbüßen hatten, in Hamburg-Fuhlsbüttel untergebracht, und die Frauen waren in Lübeck untergebracht. Jetzt sind diejenigen, die eine lange Strafe als Erwachsene zu verbüßen haben, in Celle untergebracht. Es ist also nichts Neues, dass es eine Zusammenarbeit gibt, und es ist äußerst vernünftig, dass mit Niedersachsen über eine Kooperation verhandelt wird und dass hier der Versuch unternommen wird, zu einer Vereinbarung zu kommen, die jugendlichen Strafgefangenen in Hameln unterzubringen.

Es ist eben nicht so, wie es zum Teil hier an die Wand gemalt wird, dass dies eine furchtbare Perspektive ist, sondern es ist im Gegenteil so, dass Hameln eine äußerst gut geführte und gerade, was Ausbildung und Betreuung angeht, sehr engagierte Anstalt ist. Wir sind mit dem bremischen Rechtsausschuss in Hameln gewesen, wir haben uns diese Anstalt angesehen, und wir waren alle, meine ich, beeindruckt. Ich glaube, dass das sogar für Herrn Köhler zutrifft, nur dass er daraus andere Konsequenzen zieht. Es muss also vernünftigerweise eine Kooperation mit Niedersachsen stattfinden.

Wir haben nicht überall so viel Personal, wie wir uns wünschen, sondern wir müssen mit dem auskommen, was vorhanden ist. Da im Blockland aufgrund der Personalsituation ein ordentlicher Vollzug auf Dauer nicht gewährleistet werden kann, ist es vernünftig, dass jetzt zunächst die bremischen Gefangenen nach Oslebshausen umziehen. Dort wird

(C)

(D)

(A) das Haus IV für etwa 90 bis 95 Haftplätze hergerichtet, und die Frauen, die im Moment noch im Blockland untergebracht sind, ziehen in die offene Anstalt um. Diese offene Anstalt wird nachträglich gesichert, so dass dann auch dort ein geschlossener Vollzug möglich ist.

Wir meinen, dass dies ein vernünftiger Weg ist. Wir sind noch am Überlegen, und als SPD-Fraktion haben wir darüber auch schon eine Auffassung, dass es vernünftig wäre, den Untersuchungshaftvollzug in Bremen zu belassen, wenn die jugendlichen Strafgefangenen nach Hameln gehen, weil sich die bremischen Jugendrichter während der Untersuchungshaft sehr stark und erfolgreich darum bemühen, dass in vielen Fällen keine Straftat mehr angeordnet werden muss, weil sie sich um Ausbildung, um Wohnung, um Beschäftigung kümmern. Das sind Errungenschaften, die wir nicht aufgeben wollen. Deshalb ist es vernünftig, wenn die Untersuchungshaftgefangenen in Bremen verbleiben. In Bezug auf die Strafgefangenen aber ist es vernünftig, wenn wir dort zu einer Vereinbarung mit Niedersachsen kommen.

Wir gehen davon aus, so ist es uns aus dem Ressort signalisiert worden, dass die Verhandlungen mit Niedersachsen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können. Es ist, wie gesagt, nichts Außergewöhnliches, dass Länder miteinander solche Vereinbarungen treffen. Wir sind da in einer guten Tradition mit den Niedersachsen, deshalb halten wir diese Lösung, wie sie jetzt hier vom Senat vorgeschlagen wird, für vernünftig, und bitten, unserem Antrag zuzustimmen. – Schönen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat hat am 18. März 2003 den Senator für Justiz und Verfassung gebeten zu prüfen, wie der Bremer Strafvollzug im Verbund mit den Nachbarländern zu optimieren ist, insbesondere um kostentreibende Kleinheiten einzelner Vollzugsarten, hier sind der Jugend- und der Frauenvollzug genannt, zu überwinden. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls beschlossen, den Standort Blockland zu schließen und im Zuge dessen den Frauenvollzug zum Fuchsberg und den Jugendvollzug nach Oslebshausen zu verlegen.

Der Kollege Grotheer ist darauf schon eingegangen, aus welchen Gründen ein solcher Beschluss des Senats notwendig wurde. Die Konzeption gerade des Jugendstrafvollzugs war damals in Bremen von anderen Zahlen ausgegangen, war auch von anderen Konzepten ausgegangen, die heute wahrscheinlich in dieser Form, zumindest mit diesem Staatsrat und

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

diesem Senator, nicht mehr betrieben würden, wenn man ihren Äußerungen glauben darf.

(C)

Uns geht es darum, und das möchte ich ganz deutlich sagen, den Jugendlichen, die im Strafvollzug einsitzen, eine Perspektive zu bieten. Herr Grotheer hat den Erziehungsgedanken ausgeführt. Ich habe eigentlich nicht das Gefühl, Einzelne vielleicht einmal ausgenommen, dass das eine Diskussion innerhalb Bremens ist, dass bei dem Jugendstrafvollzug nicht im Vordergrund steht, die Jugendlichen wieder in die Gesellschaft zu integrieren oder vielmehr erstmals in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen eine Perspektive zu geben. Genau dies soll getan werden.

Genau aus diesen Gründen war ich persönlich sehr beeindruckt von der Jugendstrafanstalt in Hameln, die genau dieses Konzept sehr gut umgesetzt hat und eine sehr große Breite angeboten hat, die wir in Bremen gar nicht sicherstellen können, Herr Köhler, und das wissen Sie auch. Wir sind dazu gar nicht in der Lage bei der Anzahl von Gefangenen, die wir hier haben. Gott sei Dank sind es eben nicht 600, die in Hameln einsitzen, sondern unsere Zahlen liegen, wenn wir die Niedersachsen herausrechnen, bei zirka 100. Mit 100 Strafgefangenen kann man gar nicht ein solch differenziertes Angebot darstellen, wie es in Hameln gemacht wird. Daher glaube ich, dass es gerade auch für diese Jugendlichen eine Chance ist, in Hameln eine bessere Integration zu finden, als sie zurzeit hier in Bremen sichergestellt werden kann.

(D)

Hameln bietet eine große Binnendifferenzierung, das heißt, dass geschaut wird, welche Straftaten begangen wurden, ob es Gewalttäter sind, die dort einsitzen, ob es Menschen sind, die bereit sind mitzuarbeiten, sich zu engagieren, etwas an ihrer Situation zu verändern, und bietet dementsprechend verschiedene Angebote für diese Jugendlichen an. Gleichzeitig gibt es ein sehr breites Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot, das nicht nur Schulabschlüsse ermöglicht, sondern auch einzelne Möglichkeiten gibt, dort einen Beruf zu erlernen, ein sehr breit gefächertes Angebot, das wir hier, glaube ich, mit unseren Mitteln nicht sicherstellen können. Daher erscheint es mir sinnvoll, diese Gespräche mit Niedersachsen zu führen, um in diesem Bereich eine Kooperation zu erreichen.

Das Justizressort führt zurzeit diese Verhandlung, und da, Herr Köhler, gebe ich Ihnen Recht, auch ich würde mir wünschen, dass wir Zahlen auf dem Tisch hätten. Auch ich würde mir wünschen, dass wir schon einen Schritt weiter wären und dass wir sowohl den Jugendlichen als auch den Mitarbeitern sagen könnten, in welche Richtung es geht. Die Situation ist so nicht gut, dass es keine Klarheit gibt. Sie ist für alle Beteiligten nicht gut. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch nicht die Gespräche behindern und verhindern, sondern mir geht es darum, eine Lösung zu finden, eine Kooperation zu errei-

(A) chen, diese so schnell wie möglich zu erreichen und diese heute nicht durch andere Aktionen zu behindern.

Die Verhandlungen, die geführt werden, beschäftigen sich in erster Linie natürlich mit den finanziellen Rahmenbedingungen. Auch hier muss ich Ihnen widersprechen, es ist nicht so, hier äußere ich mich einmal für Herrn Grotheer mit, dass wir von der Verlegung nach Hameln Abstand nehmen. Wir haben immer gesagt, inhaltlich sind wir davon überzeugt, finanziell gibt es noch keine Zahlen. Solange wir keine Auskünfte über Zahlen haben, es kursieren viele und ganz unterschiedliche in diesem Bereich, in dieser Stadt, solange wir keine Informationen haben, welche Kosten wirklich damit verbunden sind, können wir uns abschließend zu diesen Projekten nicht äußern.

Auch dies werde ich heute nicht tun. Mir liegen keine konkreten Zahlen vor. Wir haben den Senat aufgefordert, uns die Zahlen darzulegen. Wir haben dazu eine Große Anfrage eingereicht, die im Juni hier debattiert werden soll. Bis dahin werden die Zahlen, so wurde mir vom Ressort versichert, vorliegen. Erst dann kann es eine abschließende Entscheidung geben, ob der Jugendstrafvollzug nach Hameln verlegt werden kann. Vorher können wir uns dazu nicht äußern, obwohl ich Ihnen Recht gebe, dass es unglücklich ist, dass sich die Verhandlungen so lange hingezogen haben und man heute noch keine detaillierten Auskünfte darüber geben kann.

(B) Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass es darum geht, den jugendlichen Straftätern, und ich sage das schon einmal auch gleich im Hinblick darauf, weil ich gesehen habe, dass sich Herr Tittmann gemeldet hat, auch wirklich eine Perspektive zu bieten, dass sie, und sie haben in der Regel schwere Straftaten verübt, die Chance haben, in die Gesellschaft integriert zu werden, dass sie die Chance haben, in ein Leben zurückzukommen, das sie ohne Straftaten führen können. Dafür muss sichergestellt werden ein Strafvollzug, sei es mit Niedersachsen oder sei es eine Lösung, die letztendlich hier in Bremen stattfindet, der ein vernünftiges Angebot an diese Jugendlichen unterbreitet. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln mit diesem Antrag das wichtige Thema Konzeption im Jugendstrafvollzug. In diesem Antrag geht es auch um Verlegung von jugendlichen Strafgefangenen ins niedersächsische Hameln. Ich sage Ihnen aber auch gleich, dass Sie dieses große soziale Problem, und das gehört zu einer Konzeption, nicht dauerhaft lösen können, indem Sie es einfach nach Niedersachsen abschieben

beziehungsweise verlegen. Wer das glaubt, der irrt hier gewaltig. Ich bezweifle sehr stark, dass eine Verlegung dieser jugendlichen Strafgefangenen nach Hameln sinnvoll und zweckmäßig ist, denn eine Verlegung nach Hameln bringt weder aus finanzieller noch aus sozialer Sicht irgendwelche Vorteile für das Bundesland Bremen, ich bin der Meinung, ganz im Gegenteil!

Ich sage deutlich, Probleme müssen da gelöst werden, wo sie entstehen, also hier direkt vor Ort, und das in Zusammenarbeit mit den Familien der jugendlichen Straftäter sowie im Umfeld der Jugendlichen wie zum Beispiel in der Schule oder am Ausbildungsplatz und so weiter. Nur im direkten sozialen Umfeld der Jugendlichen können wir das große Problem der Jugendkriminalität bekämpfen und auch aber nur ansatzweise lösen. Das geht mit Sicherheit nicht im Zusammenhang einer wichtigen Zusammenarbeit mit den Familien an einem Standort wie Hameln.

Herr Senator, ich muss Sie doch wohl nicht erst daran erinnern, dass es auch zur Verantwortung des Senats gehört, dass das Bundesland Bremen sich um seine eigenen Leute, und wenn das auch noch so schwierig ist, selbst kümmern muss, anstatt andere Bundesländer damit zu belasten und unser Problem dahin zu verlagern und abzuschieben. Das sage ich in aller Deutlichkeit, wir können, wir müssen und wir werden hier in Bremen das Problem genauso gut lösen können wie in Niedersachsen, die genug mit ihren eigenen Problemen zu tun haben. Wir müssen, und das sage ich in aller Deutlichkeit, wenn wir hier im Jugendstrafvollzug effektive Einsparungen erreichen wollen, dann die nachweislich sehr hohe Anzahl von ausländischen Jugendlichen, aber nicht nur die der jugendlichen Straftäter, in ihre Heimatländer rigoros abschieben. Mit dieser Einsparungssumme können Sie mit Sicherheit Blockland sanieren und dauerhaft erhalten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, eine Verlegung von unseren straffällig gewordenen Jugendlichen nach Niedersachsen macht keinen Sinn und ist nur unnötig sehr teuer auf Kosten der Steuerzahler. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in einem vor einem Jahr beschlossenen und auch mit Ihnen beratenen Prozess, und an dem ändert sich prinzipiell nichts, sondern wir müssen den schrittweise abarbeiten.

Die Ausgangslage ist, dass wir knapp bei Kasse sind, dass wir sparen müssen, und Sparen kann man nicht immer nur einklagen, das muss man auch praktizieren. Wir versuchen hier mit langem Anlauf, über den ganz gründlich beraten worden ist, den Straf-

(C)

(D)

- (A) vollzug auch kostenmäßig zu optimieren, und dabei gibt es eine schrittweise Zusammenführung der im Lande Bremen einsitzenden Menschen. Dafür haben wir auch ein Riesengelände, und das nutzen wir, und das haben wir auch schrittweise umgebaut. Es ist auch alles schon gelaufen.

(Vizepräsidentin Dr. Trüpel übernimmt den Vorsitz.)

Was Sie jetzt mit Ihrem Antrag, lieber Herr Köhler, bewirken wollen, heißt, dass man Investitionen, die wir schon gemacht haben, in den Wind schreibt. Wir machen den eingeschlagenen Weg, zugegeben kritisierten Weg, und versuchen, schrittweise diese Konzentration aus Kostengründen umzusetzen.

Das, was zu Niedersachsen gesagt worden ist, auch was Herr Tittmann eben gesagt hat, alles eingeschlossen: Wir wollen mit unseren niedersächsischen Nachbarn nicht nur im Strafvollzug, sondern auch auf möglichst vielen anderen Gebieten so eng zusammenarbeiten, dass es keine Gründe gibt, die allein aus der Tatsache begründbar sind, dass wir zwei unterschiedliche Länder sind.

Wenn jemand sagt, so wie Herr Tittmann eben, der sein Herz für diese jungen Strafgefangenen entdeckt hat – früher habe ich ihn ganz anders erlebt, aber gut, man kann auch dazu lernen –, die müssen wohnortnah untergebracht werden, der muss bedenken, dass genau das, was für diese vielen Jugendlichen gilt, die aus diesem großen Flächenstaat Niedersachsen in Hameln nach allen Regeln der Kunst einsitzen und dort gefördert werden mit Ausbildungsangeboten, die übrigens differenziert sein müssen, die man in kleinen Anstalten gar nicht organisieren kann, aus objektiven Gründen, aus finanziellen Gründen nicht organisieren kann, auch für Bremerhavener gelten muss. Wir sind insoweit gute Nachbarn im Schlechten wie im Bösen.

- (B) Diese Kooperation mit Niedersachsen wird hier nicht, von uns schon gar nicht, relativiert, sondern ganz im Gegenteil, sie wird intensiviert. Es gibt sowohl mit der alten niedersächsischen Landesregierung wie mit der neuen niedersächsischen Landesregierung verlässliche Absprachen, dass wir so viel wie möglich zusammen bewältigen wollen. Natürlich haben wir beide Finanzprobleme. Darum ziehen sich auch diese Verhandlungen so hin, weil die Niedersachsen auch keine Krösusse sind, sie haben kein Geld zu verschenken, wir haben kein Geld zu verschenken. Wir müssen das schrittweise und Problem für Problem miteinander klären. Nach meinen Gesprächen mit Christian Wulff und nach meinem Gespräch mit meiner Kollegin Elisabeth Heister-Neumann bin ich optimistisch, dass wir das unter Dach und Fach bekommen. Zurzeit haben die Beamten Probleme miteinander, aber die werden wir überwinden.

Wir haben es nicht so eilig mit der Rückführung der Niedersachsen, weil wir einen Prozess organisieren müssen, dass die über 60 Bediensteten, die wir in der Jugendvollzugsanstalt haben, schrittweise nicht auf den Personalbesatz in Oslebshausen darauf kommen, sondern dass sie integriert werden. Wir wollen die Kosten nicht nach oben treiben, sondern Kosten einsparen. Also muss man über mehrere Jahre so etwas wie einen schrittweisen Übergang organisieren. Da hilft es, dass wir jetzt mit den Bremern den ersten Schritt machen und dann den zweiten Schritt, nachdem wir uns geeinigt haben, mit den Niedersachsen folgen lassen.

Das Gleiche passiert bei den Frauen. Wir müssen diese Zusammenführung derjenigen, die am Fuchsberg als Freigänger und dann demnächst als einsitzende Frauen praktisch auf dem gleichen Gelände leben, schrittweise durchführen. Unter dem Strich werden wir Kosten sparen, weil wir einen teuren, in dieser Größenordnung nicht mehr gebrauchten Standort, nämlich den im Blockland, auf diese Weise aufgeben werden.

Es muss also die Geduld her, die man braucht, um solche mühseligen Prozesse zu organisieren. Dass es da gelegentlich Querschüsse gibt, kenne ich, aber wir machen hier eine verlässliche Regierungspolitik, und die erträgt solche Querschüsse. Wir lassen uns vom Ziel nicht abbringen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hannken, Sie haben natürlich Recht, wenn Sie sagen, dass die Situation in Hameln besser ist als das, was im Blockland in den letzten Jahren von dem Senat, der von Ihren Fraktionen SPD und CDU getragen worden ist, an Zuständen zu verantworten ist. Wenn es tatsächlich so ist, dass die Jugendlichen an etlichen Tagen 23 Stunden eingeschlossen sind, weil das Personal nicht da ist, um sie entsprechend zu betreuen, um Sicherheit verantworten zu können, dann ist das eine Situation, die natürlich in jeder beliebigen Haftanstalt in der Bundesrepublik wahrscheinlich besser ist als momentan im Blockland. Man kann vermuten, dass die Zustände unter anderem auch deshalb so existieren, damit die Grundlage für den Umzug nach Hameln geschaffen wird, der ewige Streit mit den Jugendrichtern, dass alles einmal beendet wird. Die Zustände, die im Blockland momentan existieren, sind von der großen Koalition zu verantworten.

Wenn gesagt wird, es geht darum zu sparen, dann muss man einmal den Mechanismus offen legen, wodurch denn letztlich gespart werden soll. Indem einfach Haftplätze von Bremen nach Niedersachsen

(C)

(D)

(A) verlagert werden? Das wird Niedersachsen nicht zum Nulltarif machen, weil Bremen nett ist, weil Bremen mitten in Niedersachsen liegt, sondern das wird Niedersachsen machen, damit auch Mittel für den niedersächsischen Haushalt erwirtschaftet werden. Wo dadurch die Einsparung für den Bremer Haushalt zustande kommt, das muss im Einzelnen dargelegt werden!

Wenn gesagt wird, dass Hameln keine fatale Anstalt ist, dass das keine Anstalt ist, in der irgendein Horror abgeht, dann trifft das völlig zu. Das, worauf sich fachliche Kritik an Hameln bezieht, ist die Frage, ob es wirklich sinnvoll und nötig ist, einen Großknast zu haben, in dem gerade die Differenzierung, die da durchgeführt wird, gemacht wird. Es ist so, dass ein differenziertes Ausbildungsplatzangebot vorgehalten wird. Da ist die Frage: Macht das bei den Jugendlichen überhaupt so Sinn vor dem Hintergrund, dass vielleicht gar nicht entscheidend ist, ob man alle Differenzierungen in Metallberufen ausbilden kann, weil Ausbildung im Sinne von Fachgewerken ohnehin nur für eine klitzekleine Zahl von Jugendlichen stattfindet? Außerdem ist zu berücksichtigen, dass es eigentlich um Strukturierung von Alltag geht, um eine sinnvolle Beschäftigung mit Gegenständen. Da ist vielleicht nicht die Frage, wie viele verschiedene Gewerke angeboten werden, interessant, sondern ob überhaupt etwas passiert.

(B) Es wird gesagt, es soll in Bremen Kleinteiligkeit vermieden werden. Dann ist die Situation, dass man aus vernünftigen Gründen die Untersuchungshaft in Bremen belassen will mit zirka 30 Jugendlichen, dass eine neue Kleinteiligkeit geschaffen wird. Wenn die Haftplätze von 135 auf die Zahl von Untersuchungshäftlingen reduziert werden soll, dann ist das eine neue Kleinteiligkeit, die da entsteht, und keine bessere. Wie dadurch Geld eingespart werden soll, ist mir völlig unklar!

Interessant an dieser Debatte, die wir eben geführt haben, ist ja im Übrigen auch, dass zu der Übergangslösung, die der Anlass für meinen Antrag war, von Ihnen keine Stellungnahme abgegeben worden ist. Warum ist es zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich, erst die Bremer Jugendlichen nach Oslebshausen zu verlegen und dann nach Hameln? Warum ist es nicht möglich, je nachdem, welches Konzept man letztlich verfolgt, dann gleich zur richtigen Lösung zu schreiten?

Wenn gesagt wird, es geht um eine Übergangszeit, die möglicherweise Jahre dauert, dann muss man vielleicht den Antrag der großen Koalition, in dem das Datum 30. Juni steht, sich noch einmal genauer durchlesen, was damit eigentlich gemeint ist und was für eine Übergangssituation von welcher Dauer eigentlich beabsichtigt ist. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige kurze Sätze der Erwidernung! Was die Zahlen angeht, die Herr Köhler sich wünscht: Die hätten wir auch gern, nur respektieren wir auch, dass es nicht gut ist, wenn die Zahlen auf dem offenen Markt gehandelt werden. Das verschlechtert die bremische Verhandlungsposition. Deshalb nehmen wir es hin, wenn unser Fachsenator uns sagt, wir sind in intensiven Verhandlungen, wir sind auf einem guten Weg, aber wir nennen jetzt keine Zahlen, die unsere Position unterminieren. Das mögen Sie ja anders sehen, wir sehen das jedenfalls so!

Die Situation im Blockland! Dazu ist gesagt worden, es sei von der SPD und der CDU zu verantworten, dass wir dort so wenig Personal haben. Ich glaube nicht, dass mit einer anderen Koalition in Bremen im Blockland mehr Vollzugsbedienstete im Einsatz wären, sondern die Finanzsituation ist so, wie sie ist, und jede Koalition in Bremen hätte dieses Problem. Ich sehe da auch keine Alternative. Zur Frage, welche Alternative es denn zu der Schließung von Blockland gibt: Ich sehe persönlich auch keine, sondern ich denke, dass es vernünftig angesichts der bremischen Finanzsituation ist, hier eine Konzentration der Kräfte durchzuführen.

Dann will ich etwas sagen zu einem Begriff, der hier gefallen ist, der diese ganze Verlegungsdebatte, so finde ich, ins Zwielflicht rückt, nämlich der Begriff „Großknast“ im Zusammenhang mit Hameln. Wir sind ja nun da gewesen. Großknast, das hört sich ganz schlimm an. Wir sind in Hameln gewesen. Wir haben gesehen, es gibt dort ein sehr gut ausdifferenziertes Angebot für Schule, für Ausbildung, mit vielen Werkstätten, mit engagierten Mitarbeitern. Das, was wir gesehen haben, hat uns sehr beeindruckt. Das geht bis hin zu einer Differenzierung bei der Unterbringung der Gefangenen in den verschiedenen Wohngruppen, wo zum Beispiel solche, die Sexualstraftaten begangen haben, anders untergebracht sind, anders behandelt werden als diejenigen, die in der Anstalt besonders schutzbedürftig sind. Diese werden in einer besonderen Gruppe zusammengefasst, damit sie nicht in dem allgemeinen Haftbetrieb untergehen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Grotheer** (SPD): Ja!

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Bitte, Herr Abgeordneter Köhler!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass bezogen auf jugendliche Straftäter, die Sexualstraf-

(C)

(D)

- (A) taten begangen haben oder wo aus anderen Gründen ein besonderer Behandlungsbedarf besteht, schon jetzt eine Einigung mit Niedersachsen besteht, dass die schon seit Jahren in Niedersachsen untergebracht werden – schieblich und friedlich alles geregelt, alles paletti! –, also für die wenigen Sonderfälle alles in Butter ist?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Grotheer** (SPD): Das ist ja ein Beispiel dafür, dass die Zusammenarbeit mit Niedersachsen gut funktioniert. Das sieht ja auch das Gesetz vor, dass man in Einzelfällen solche Regelungen treffen kann. Wir streben aber an, dass eine generelle Vereinbarung mit Niedersachsen getroffen wird, und ich darf auch darauf hinweisen, Herr Köhler: Wir müssen hier auch an die Bediensteten denken.

Die Personalsituation im Blockland ist zurzeit so, dass auch der Personalrat sagt: Wir können das auf Dauer nicht so hinnehmen, sondern da muss etwas passieren. Deshalb ist es vernünftig, dass jetzt in einem ersten Schritt die bremischen Strafgefangenen nach Oslebshausen hinübergehen, dass dann, wenn die offene Anstalt nachgesichert worden ist, die Frauen hinübergehen. Wir gehen davon aus, dass dann im Sommer auch die niedersächsischen Strafgefangenen nach Hameln verlegt werden können beziehungsweise keine neuen aus Niedersachsen nach Bremen kommen.

(B)

Um auf Ihre Frage einzugehen, die Sie vorhin gestellt haben, wie das denn ist, wenn hier mit einer Übergangszeit von Jahren argumentiert wird – das war ja das, was Bürgermeister Dr. Scherf eben gesagt hat –, dann bezieht sich das auf eine andere Frage. Es geht darum, dass in Hameln, wenn dort die bremischen Gefangenen zusätzlich untergebracht werden sollen, einige zusätzliche Haftplätze hergerichtet werden müssen. Das wird eine gewisse Zeit dauern, und für den Fall, den wir annehmen, dass die Verhandlungen mit Niedersachsen erfolgreich abgeschlossen werden, wären vielleicht im Jahr 2006 die Plätze dort fertig, so dass dann die bremischen Strafgefangenen hinübergehen könnten. Das ist der Zeitraum von Jahren, über den gesprochen wurde. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der

Drucksachen-Nummer 16/182 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/193 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

(D)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Bremens Entwicklungszusammenarbeit fortführen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 16. März 2004
(Drucksache 16/190)

Wir verbinden hiermit:

Demontage erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit beenden – Bremens Stärken liegen auch buten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. März 2004
(Drucksache 16/195)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Schwarz.

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entwicklungszusammenarbeit von 25 Jahren ist eine Erfolgsgeschichte wirklich besonderer Art und für uns von der SPD-Fraktion verbunden mit dem Namen eines

- (A) Mannes, nämlich Gunther Hilliges, der diese Arbeit mit visionären Kräften und großem Erfolg wunderbar gestaltet hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist natürlich keine One-Man-Show, und das betont Gunther Hilliges auch in vielen Gesprächen. Er hat in dem Landesamt ein gutes Team, das die Arbeit unterstützt, fördert und auch immer mitgetragen hat.

Entwicklungszusammenarbeit ist für mich auch eine Aufgabe des Landes Bremen. Ich denke, das Prinzip des Föderalismus heißt auch, dass wichtige Aufgaben gemeinschaftlich von Bund und Ländern wahrgenommen werden müssen. Grundlegende Aufgaben wie Armutsbekämpfung als Friedenssicherung und Terrorbekämpfung muss ein Land wie Bremen, das so international geprägt ist, auf jeden Fall wahrnehmen.

Entwicklungszusammenarbeit ist für mich und für die SPD-Fraktion nicht vorrangig Wirtschaftsförderung. Entwicklungszusammenarbeit ist für mich auch und vor allem Solidarität. Dies heißt für mich auch Armutsbekämpfung mit dem Ziel, Frieden zu sichern, und es heißt auch Schutz und Sicherheit der Umwelt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Manchmal bilden diese drei Bereiche die Brücke für wirtschaftliche Beziehungen, aber es ist nur ein Ergebnis, nicht unbedingt die Motivation.

Seit 1988 wird der Bremer Solidaritätspreis vom Bremer Senat verliehen, auch das eine Idee von Gunther Hilliges. Der erste Preisträger war Nelson Mandela mit seiner damaligen Frau. Nelson Mandela ist heute eine Lichtgestalt für Freiheitskampf und Menschenrechte und auch für politischen Erfolg. 1988, als er den Preis bekam, war er nur ein Häftling. Der Kontakt durch diese Preisverleihung hat den Namen Bremen in Südafrika bekannt gemacht und eine Brücke für wirtschaftliche Beziehungen gebildet. Die Preisverleihung war nicht dazu gedacht, aber sie hat diese Brücke gebildet.

Ein weiteres Beispiel der Solidarität ist die Pflege der Beziehungen zu Namibia. Hier gibt es traurige historische Gründe für eine engagierte Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit, aber auch hieraus ist etwas entstanden, das im Vorfeld dieser aktiven Unterstützung keiner ahnen konnte. Vor einiger Zeit hat unser Bundeskanzler Schröder eine Reise durch einige afrikanische Länder durchgeführt und ist unter anderen von unserem Bürgermeister Henning Scherf begleitet worden.

(Beifall bei der SPD)

Es war natürlich eine Ehre für Henning Scherf, es war eine Ehre für unser Land, aber es war auch

- wieder ein Aufbau von wirtschaftsfördernden Maßnahmen.

(C)

Seit den furchtbaren Attentaten vom 11. September 2001 ist vielen bewusst geworden, dass die Bekämpfung des Terrorismus nicht nur mit militärischen Aktionen und Überwachung möglich und notwendig ist, sondern es müssen auch Initiativen ergriffen werden, um überhaupt Menschen von diesen verzweifelten terroristischen, kriminellen Handlungen abzubringen. Das ist für mich schon die Armutsbekämpfung. Ich bin nicht so naiv zu behaupten, dass Armut die einzige Ursache für Terrorismus darstellt, aber sie ist eine sehr entscheidende. Die Armutsbekämpfung, eine wichtige humanitäre, soziale Aufgabe, eine politische Aufgabe, hat sich das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit wirklich auf seine Fahnen geschrieben. Ich weiß, dass es viele Beispiele gibt, die hier den Erfolg belegen.

Ich habe mir als Beispiele Frauenprojekte herausgesucht, nicht weil ich frauenpolitisch engagiert bin, sondern da gibt es andere, auch handfeste Gründe. In den Ländern, über die wir jetzt sprechen, sind Frauen noch viel mehr als in Europa Trägerinnen der Familienfürsorge, der Erziehung der Kinder. Wenn Frauen gefördert werden, dann können sie dieses Wissen weitergeben. Das ist die beste und die einfachste Form von Nachhaltigkeit, was wir ja durch Entwicklungshilfe erreichen wollen.

Ich nenne hier nun ganz konkret drei Beispiele, und zwar aus den Ländern El Salvador, Chile und Indien. Hier gibt es Projekte, nämlich Alphabetisierungsangebote für Frauen, gleichzeitig verbunden mit Hilfe zur Selbsthilfe, wirtschaftliche Existenzen aufzubauen, und drittens, was ich auch für ganz wichtig halte, es werden Wissen und Fähigkeiten vermittelt, um die Frauen in die Lage zu versetzen, sich in demokratische Abläufe einzumischen und dann mitzuwirken.

(D)

Der dritte Punkt, den ich als Letztes nenne möchte, ist Coastman. Was ist Coastman? Sehr vereinfacht und verkürzt ist darunter ein Projekt zu verstehen, in dem Qualifizierungsangebote vorgelegt werden, in dem Wissen weitergegeben wird, wie nachhaltiges Küstenzonenmanagement gefördert wird. Im Bereich der Küsten, und da ist Bremen als Küstenland natürlich besonders gefordert, muss versucht werden, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den Vorteilen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Vorteilen und dem Wissen über den Schutz und den Erhalt der Küstengebiete.

Das Landesamt ist eingebettet in ein großes Netzwerk. Ich möchte nur zwei Institutionen beispielhaft nennen. Das sind Borda und zum anderen die ehemalige Carl-Duisberg-Gesellschaft, jetzt InWEnt. Ich nenne die beiden auch deswegen, weil sie erfolgreich mit dem Amt für Entwicklungszusammenarbeit zusammenarbeiten und weil beide in Bremen zu erreichen sind.

- (A) Die Bremer Stadtmusikanten und Gunther Hilliges zu vergleichen, hört sich vielleicht lächerlich an, aber sie haben eine wesentliche Gemeinsamkeit. Beide haben den Namen Bremen in die Welt hineingetragen, und für Ihren Beitrag, Herr Hilliges, schuldet Bremen Ihnen Dank. Diesem Dank schließe ich mich auch im Namen der SPD-Fraktion an!

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche dem gesamten Team des Landesamtes und uns allen hier in Bremen, dass wir alle unseren Beitrag zur Verständigung der Menschen in der Welt weiter leisten können. Deswegen bitte ich Sie, den vorgelegten Anträgen der SPD und der CDU Ihre Zustimmung zu erteilen! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Akkermann.

- (B) Abg. Frau **Akkermann** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich! „Ob in China ein Sack Reis umfällt“, Sie alle kennen diese alte Redensart, die bisher nicht bedeutsam für uns war. Spätestens seit dem Einsetzen der Globalisierung hat sich das geändert. Der Spruch ist überholt. Nur die weltweite Zusammenarbeit, politisch, wirtschaftlich und kulturell, führt in eine lebenswerte Zukunft und trägt zur Sicherung der Standorte weltweit bei.

Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei, das Bild der Welt von morgen zu prägen und leistet wichtige Hilfe zur Selbsthilfe. In meinem Beitrag möchte ich zum einen auf den Grund dieses Antrags, nicht nur ausschließlich zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum, eingehen, aber auch auf das Standing der bremischen Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene sowie den Status Quo des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit – im Folgenden darf ich das abkürzen, LafEZ – und einige Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung anstellen.

Das LafEZ hat Jubiläum. 25 Jahre Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Qualifizierungsprogramme, Informations- und Bildungsarbeit sowie der Aufbau von vielfältigen Netzwerken und Strukturen. Themen wie die Nutzung regenerativer Energien, internationale Biogaskonferenzen, der hydraulische Widder, Trainings zur Stärkung des kulturellen Managements, Coastman und eine Welt, das stand in den letzten 25 Jahren auf den Fahnen des LafEZ. Aber die Welt ist in Bewegung, Regierungen und Strukturen verändern sich. Deshalb müssen politische Vorgaben immer wieder überprüft und an neue Herausforderungen angepasst werden.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (C) Seit der Gründung des LafEZ vor 25 Jahren sind nicht nur in der Entwicklungspolitik an sich, sondern auch in tangierenden Bereichen wichtige Veränderungen eingetreten. Nach dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme wurde der Privatsektor weltweit zu einem der treibenden Kräfte der Entwicklung. Lagen die privaten Kapitalströme 1990 noch in gleicher Höhe mit den öffentlichen Zuwendungen bei der Entwicklungspolitik, sind sie inzwischen sechsmal so hoch geworden wie die öffentlichen Leistungen. Wir haben die immens wachsende EU, die bundespolitische Entwicklungsarbeit hat sich verändert, der Rahmen der Globalisierung ist ständig in Bewegung, und Bremen ist heute ein Haushaltsnotlageland. Durch diese Neuerungen, Ereignisse und Planung wird die Arbeit des LafEZ nachhaltig berührt. Vor diesem Hintergrund ist eine Überarbeitung der Ausrichtung zu überdenken.

Zu Beginn möchte ich noch einmal zwei Definitionen benennen, die in der Diskussion immer wieder quer durcheinander gehen. Wir beschäftigen uns hier mit der Entwicklungszusammenarbeit, das heißt mit der Zusammenarbeit von nicht so weit wie wir entwickelten Ländern, nicht mit der Entwicklungshilfe primär, die gemeinhin als finanzielles Engagement in Ländern der Dritten Welt betrachtet wird. Einen detaillierten Rückblick auf die Arbeit des LafEZ und die Projekte hat gerade meine Kollegin Frau Schwarz gegeben. Ich möchte meinen Blick auf die Fakten und auf das Standing des LafEZ lenken.

(D) Das LafEZ und deren Partner haben den Ruf Bremens weit in die Welt getragen, nach Indien, Namibia, China und Afrika. Dort wurden enge, tragfähige Netzwerke geschaffen, und auch auf Bundesebene wird Bremen in vielen Bereichen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Vorreiter betrachtet. In Bremen selbst ist die Arbeit des LafEZ aber oft unbekannt und wird fälschlicherweise auch als reine Entwicklungspolitik betrachtet. Das LafEZ ist gemeinsam mit mehr als 18 Partnerorganisationen aktiv und hat seit 1992 Projektmittel in Höhe von zirka zwölf Milliarden in wirtschaftsbezogene Qualifizierungsprogramme, aber auch in Armutsbekämpfung, Demokratieförderung und Bildungsarbeit investiert. Aktuell steht dem LafEZ ein Budget von zirka 600 000 Euro jährlich zur Verfügung.

Es stellt sich natürlich die Frage: Ist diese Arbeit zur heutigen Zeit so fortzuführen? Wie sind die Effekte der Arbeit des LafEZ für das Land Bremen zu bewerten? Der Haushalt des LafEZ wurde bereits gekürzt im Rahmen der Haushaltsüberprüfung. Wird er aber auch richtig und optimal eingesetzt? Das sind Fragen, die es immer wieder gilt abzuklären und zu überprüfen, so zum Beispiel auch durch den Rechnungshof der Stadt Bremen, der hier zu einem kritischen Ergebnis kommt. So hat Bremen im Jahr 2002 2,45 Euro pro Einwohner für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewandt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei knapp einem Euro. Das heißt, im Bundes-

(A) mittel betrachtet wird in Bremen der zweithöchste Betrag pro Kopf zugewendet.

Des Weiteren kritisiert der Rechnungshof unter anderem die häufigen vorzeitigen Beginne der Maßnahmen, und letztlich wurde auch gegen Abgrenzungen zwischen Vertrags- und Vergaberegeln verstoßen. Das wirft natürlich kein gutes Licht auf das LafEZ, zumal die Entwicklungszusammenarbeit auch eine gesetzliche, freiwillige Aufgabe ist und keine gesetzliche Pflichtaufgabe.

Was können nun die Konsequenzen für die zukünftige Arbeit des LafEZ sein? Wir schließen das LafEZ, machen keine Entwicklungszusammenarbeit mehr. Aber was ist mit unserer Verantwortung gegenüber den humanitären und ökologischen Aufgaben, gegenüber den anderen Bundesländern, gegenüber der Bundesrepublik Deutschland? Was ist mit unseren Partnern in laufenden Projekten in Namibia und anderswo? Soll die wirtschaftliche Globalisierung wirklich ohne uns stattfinden? Wollen wir die Welt nicht mitgestalten, unsere Freiheit nicht mit-sichern und die Sicherung der Zukunft für unsere Kinder anderen überlassen? Nein, das kann keine Lösung sein! Wir müssen aber sorgfältig prüfen, wie wir die eingesetzten Mittel und die Arbeit des LafEZ im Sinn des Landes Bremen optimieren. Hier setzt die Überlegung an, die Arbeit und Erfolge des LafEZ langfristig und intensiv auch für die Wirtschaft zu nutzen.

(B) Lassen Sie mich kurz ein Beispiel aus einem anderen Bundesland erläutern, wo diese Überlegungen bereits umgesetzt werden! Seit 1993 arbeitet zum Beispiel das Land Baden-Württemberg mit dem chilenischen Verband der Metallindustrie zusammen. Baden-Württemberg hat die Schule Liceo dabei unterstützt, dass das duale berufliche Ausbildungssystem eingeführt wird. Heute ist Liceo ein hochwertiges und anerkanntes Ausbildungszentrum in Chile. Die deutsch-chinesische Handelskammer strebt eine Partnerschaft an zwischen einem baden-württembergischen Firmenpool und der Liceo speziell zum Beispiel im Ausbildungsbereich Mechatronik. Festo, Chile, und Siemens, Chile, schicken bereits heute Mitarbeiter von Firmenkunden und ihre eigenen Azubis nach Liceo in Chile, um sie im Fachbereich Mechatronik schulen zu lassen.

Es gibt weitere Chancen, zum Beispiel für Unternehmer im Rahmen dieses Projektes, mit Liceo Marketingstrategien zu entwickeln, um so auch den Einstieg ins Chile-Geschäft zu finden oder sich an Ausschreibungsprojekten in Chile zu beteiligen oder dort auch einen Messeservice anzubieten. Nach einem Bericht der baden-württembergischen Landesregierung stößt dieses Angebot auf sehr reges Interesse bei den Firmen. So etwas können wir in Bremen auch, da bin ich mir ganz sicher.

Auch in Bremen gibt es erste zaghafte Beispiele, wie diese Verknüpfungen stattfinden können. Das

Projekt Küstenzonenmanagement, Coastman genannt, hatte meine Vorrednerin bereits angeführt. Vor einigen Jahren gab es eine Untersuchung der UNO mit dem Ziel, die Regionen auszumachen, die die höchste Konzentration an maritimer Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung haben. Die höchste Dichte fand man, Sie werden es ahnen, in Bremen. Das war der Beginn für Coastman und der Auftrag des Bundes an das LafEZ. Bisher sind vier Millionen Euro geflossen. Das Projekt wurde jetzt gerade für weitere drei Jahre verlängert.

1,5 Millionen Euro kommen für Coastman vom Bund, 300 000 Euro legt Bremen dazu. Dieses Engagement Coastman trägt den Ruf in die Welt als spezialisiertes Bundesland mit Topadressen im Bereich Küstenzonenmanagement aus Wirtschaft, Politik und natürlich auch auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Das ist nur ein Beispiel für eine sinnvolle Investition und für eine enge Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaftspolitik und Standortmarketing.

Eingedenk der Bedeutung, die Bremen der Entwicklungszusammenarbeit auch in den aktuell gültigen Koalitionsvereinbarungen grundsätzlich zuzmisst, muss die Entwicklung in konzeptioneller Weise vorangetrieben werden. Aus meiner Sicht sollte sich das entwicklungspolitische Engagement im Ausland ungeachtet der reinen Entwicklungslehre und in Anerkennung der Bedeutung einer globalisierten Wirtschaft für den Standort Deutschland auch als strategischer Bestandteil einer Außenwirtschaftsstrategie positionieren. Das LafEZ beziehungsweise die jeweiligen Länderressorts verfügen über ein sehr hohes Maß an Know-how in den Entwicklungsländern, das der Wirtschaft noch stärker als bisher hier in Bremen präsentiert werden kann. Auf diesem Weg kann der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung verstärkt Eingang in die Außenwirtschaftsaktivitäten und in das Standortmarketing finden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. Frau **Akkermann** (CDU): Lassen Sie mich zusammenfassend sagen, dass die Entwicklungszusammenarbeit sicherlich auch weiterhin ein wichtiger Baustein in der Arbeit des Landes Bremen ist! Nur die Positionierung, die Ausrichtung, die Mittelverwendung und die organisatorische Verknüpfung müssen überprüft und unter Umständen neu gestaltet werden. Soziale Verantwortung und wirtschaftliche Interessen schließen sich nicht aus, aber sie müssen gut abgestimmt werden. Erfolg hat, wer ihm mutig entgegen geht, statt ihm nachzulaufen. Unter diesem Motto lassen Sie uns gemeinsam für das Wohl Bremens die Position des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit überprüfen und auf die neu-

(C)

(D)

- (A) en Herausforderungen einstellen! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist das eingetreten, was ich anlässlich Ihres Antrags und auch vor dieser Debatte schon befürchtet hatte. Wir kommen hierher, loben alle das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, aber im Grunde genommen, nach den beiden Vorreden der beiden Kolleginnen, wissen wir nicht, wo es jetzt mit dem Landesamt lang gehen soll, da es sehr drängende Fragen gibt, die für die Zukunft dieses Landesamtes zu klären sind. Darauf wurde hier und wird auch in Ihrem Antrag keine Antwort gegeben. Dass dies hier heute passiert, dafür wollten wir sorgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube auch, dass man in dem Beitrag von Frau Akkermann deutlich andere Töne gehört hat als in dem Beitrag der Kollegin Schwarz von der SPD. Genau um diese anderen Töne und genau um die eigentliche Position, die nun dieses Haus zur Arbeit des Landesamtes hat, sollte es meines Erachtens heute gehen, und zwar im Konkreten, denn für das Loben und für das Preisen kann man sich relativ wenig kaufen, sondern es geht heute in diesen Tagen und in den nächsten Monaten und Jahren ganz konkret um die Zukunft, ich würde einmal sagen, einer der erfolgreichsten Geschichten, die in den letzten 25 Jahren in Bremen geschrieben worden sind.

Lassen Sie mich das noch einmal ausdrücklich betonen! 1979 hat diese Arbeit begonnen. Frau Akkermann hat versäumt, darauf hinzuweisen, dass die Einrichtung des Landesamtes damals in der Bürgerschaft, der die Grünen noch nicht angehörten, gegen die Stimmen der CDU und der FDP durchgesetzt werden musste. Ich habe den Eindruck, dass das heute noch nicht so viel anders ist, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dennoch ist 1979 das Landesamt eingerichtet worden, und es ist zu Recht gesagt worden, dass es eine Geschichte ist von Teamarbeit, von gemeinsamen Erfolgen, von politischer Unterstützung, aber es ist natürlich auch der Erfolg des Leiters des Landesamtes, der Erfolg von Gunther Hilliges. Ich finde, wir müssen darauf zurückkommen, wenn es um die Zukunft des Landesamtes geht, hier geht es auch

*) Vom Redner nicht überprüft.

um die Zukunft des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit nach der Ära Gunther Hilliges, diese Zeit steht ja unmittelbar bevor, dann muss man dieser Frage, warum diese Geschichte so eine Erfolgsgeschichte geworden ist, einen bedeutenden Raum einräumen. Sie hat nämlich auch sehr viel damit zu tun, dass ein Mann, eine Person nach außen hin in der Welt und auch in Bremen sehr stark für diese Arbeit eingetreten ist. Ich glaube, ohne jetzt den vielen Kolleginnen und Kollegen im Landesamt, die ich auch alle persönlich kenne und deren Arbeit ich sehr wertschätze, zu nahe zu treten, ein solches Gesicht nach außen ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit mit einer kleinen Truppe von Sachbearbeitern, in einem größeren Zusammenhang hätten diese Erfolge der letzten 25 Jahre nicht stattfinden können.

Deswegen gibt es hier auch schon einmal einen wesentlichen Unterschied unseres Antrages zu dem Ihrigen. Wir bekennen uns zu einer Struktur, die eine Fortführung dieser Arbeit auch in dieser Rolle möglich macht, und das fehlt in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eine Erfolgsgeschichte, die sich im Wesentlichen auf drei Säulen stützt. Das lässt sich mit dem eigenen wirtschaftlichen Nutzen nicht immer vollständig begründen. Zum einen ist es einfach auch ein Erfolg, weil Bremen seine Verantwortung für die Armen und die Ärmsten in der Welt wahrgenommen hat und hier sehr effektiv in einigen Partnerländern in der so genannten Dritten Welt Hilfe zur Selbsthilfe für die Menschen geleistet hat. Das sollte man einmal für sich so stehen lassen, bevor man zu den anderen Punkten kommt, welche positiven Effekte das auch für uns hat. Wir haben etwas Positives für Menschen in der Dritten Welt getan, die Hilfe zur Selbsthilfe brauchen, weil sie es aus eigener Kraft nicht geschafft haben ohne diese Hilfe. Das ist eine Geschichte, die in den letzten 25 Jahren sehr erfolgreich gelaufen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir in Bremen haben auch das eine oder andere Problem, hier komme ich auf die Effekte, die es für Bremen gibt. Ich würde nicht so weit gehen zu sagen, dass die Förderungen des Handels und der Außenwirtschaft zentral aktiver Bestandteil dieser Arbeit neben der Armutsbekämpfung sein sollen, was man aber sagen muss, ist, dass sehr viele positive Effekte als Nebeneffekt wieder auf uns zurückstrahlen. Wenn Sie einmal schauen, zurzeit sind gerade mehrere Delegationen aus Bremen in Pune in Indien, eine Delegation der BSAG, der Wasser- und Abwasserwirtschaft, von den Kliniken. Das sind alles Kontakte unserer Institutionen, unserer Leute in Bremen, die selbst auch im internationalen Markt Fuß fassen wol-

(C)

(D)

(A) len und Kontakte genutzt haben, wo es einen Bedarf gibt von Seiten Indiens und wo wir nun, nicht als Ziel dieser Entwicklungszusammenarbeit, sondern quasi als einen sehr wohl auch positiven Nebeneffekt für uns hier in Bremen, dies durchaus begrüßen können, dass wir solche Effekte auf das Handeln und auf die Erfolge der bremischen Wirtschaft haben. Das wäre der zweite Punkt dieser Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der dritte Punkt dieser Erfolgsgeschichte ist im Wesentlichen, dass wir auch im Lande Bremen sehr wohl bei Bereichen der Wissenschaft, bei Bereichen der Wirtschaft und in den Nicht-Regierungsorganisationen, die wir unterstützen, sehr viele Kompetenzen ausgebildet haben, die uns, weil es dafür eine große Nachfrage in der weiten Welt gibt, sehr wohl nützen. Dies sind Kompetenzen, die nicht nur den Menschen im Süden zugute kommen, sondern die auch uns Bremerinnen und Bremern direkt zugute kommen.

Was ist, wenn man diese Erfolgsgeschichte so beschreibt, dann die Realität? Die Realität beschreibt der Senat selbst in einer Broschüre, die zum fünf- undzwanzigjährigen Jubiläum herausgegeben worden ist, die auch hier draußen vor dem Saal ausliegt und von der Senatsbeauftragten, also im Namen des Senats, veröffentlicht worden ist. Ich darf mit Genehmigung der Präsidentin kurz aus dieser Senatsbroschüre zitieren: „Im Durchschnitt der letzten Jahre konnten mit einem Haushalt von rund 850 000 Euro Projekte mit einem Gesamtvolumen von 7,7 Millionen Euro realisiert werden. Das entspricht einer Drittmittelquote von etwa eins zu neun.“ Da hätte ich mich gefreut, wenn der Rechnungshof auch einmal etwas dazu sagt, dass man mit ganz bescheidenen Mitteln das Neunfache an Drittmitteln hereinholen kann, mit 850 000 Euro 7,7 Millionen Euro!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt sagt der Senat, namentlich Frau Dr. Kießler, selbst: „Der drastische Rückgang der Mittel von rund 1,3 Millionen Euro im Jahr 1992 auf rund 0,6 Millionen Euro im Jahr 2005 ist die Ursache dafür, dass die Aktivitäten der Bremer Entwicklungszusammenarbeit deutlich reduziert werden müssen.“ Der Senat selbst sieht also ein, dass wir hier mit dieser Erfolgsgeschichte nicht ganz so pfleglich umgehen, wie wir das eigentlich sollten, sondern wir haben massive Einschnitte – das müssen zwar viele, das müssen alle in Bremen hinnehmen –, wir haben auf diesem Gebiet dramatische finanzielle Einschnitte, die sich auch auf unsere Fähigkeit auswirken, nun Drittmittel von anderer Stelle nach Bremen und auch für unsere Projekte in der Welt hereinzuholen. Das ist die

materielle Seite, und ich möchte aus Erfahrung der Arbeit des Landesamtes, die ich gut kenne, sagen, dass hier eine Untergrenze erreicht ist, wo weiteren Spargelüsten und weiteren Gelüsten einer Seite dieses Hauses nicht nachgegeben werden darf. Das darf nicht noch weiter kaputtgespart werden, sondern hier ist wirklich der unterste Level mit allen Anstrengungen erreicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt, den ich schon angedeutet habe, der in unserem Antrag endlich einmal konkret benannt wird, während Ihr Antrag ja sehr stark das Hin und Her, die Vorgeschichte dieses Antrags, die Kompromissfindung zwischen zwei doch sehr unterschiedlichen Linien widerspiegelt und deswegen das Problem aller Kompromissanträge hat, ist, er sagt eigentlich nicht, wie es weitergehen soll. Ich glaube, dass die jetzige Struktur mit einer entsprechenden Leitung in der Nachfolge von Gunther Hilliges dringend notwendig ist, um aus dieser Erfolgsgeschichte nicht ein Anhängsel irgendeiner Verwaltung in irgendwelchen Hinterzimmern und Hinterstübchen zu machen, wo dann quasi nur noch eine Abwicklung der Arbeit des Landesamtes stattfinden kann, sondern dass wir von dieser offensiven und positiven Arbeit, wie sie in den letzten 25 Jahren geleistet worden ist, sehr wohl dann profitieren, wenn wir diese Mindestausstattung an Personal- und Sachmitteln haben, wenn wir auch in Zukunft wieder eine identifizierbare Struktur mit einem identifizierbaren Leiter oder einer Leiterin für diesen Bereich erhalten. Dazu sagen Sie in Ihrem Antrag nichts. Wir sagen in unserem Antrag ganz klar, dies braucht man, um diese Erfolgsgeschichte deutlich fortzusetzen.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken zu dem äußern, was hier eigentlich vonstatten geht! Seit 1979, ich habe es erwähnt, hat die CDU – da haben sich besonders die früheren Kollegen Neumeyer und Kudella in den neunziger Jahren einmal sehr weit hervorgewagt – versucht, und in den CDU-Wahlprogrammen der letzten Legislaturperioden stand es auch immer wieder, dieses Landesamt als etwas darzustellen, was eben nicht so positiv ist, wie es dann manchmal klingt, sondern eher als einen Kostgänger und eher als etwas, was uns im Lande Bremen nicht so viel bringt, aber dafür umso mehr kostet.

Das Gegenteil, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Fall. Mit sehr wenigen Mitteln wird hier mit einer hohen Effizienz gearbeitet und sozusagen die Rolle Bremens in der Welt gestärkt. Der Bürgermeister hat selbst auf vielen Reisen, die in Gebiete geführt haben, die das Landesamt mit betreut, sicherlich auch mitbekommen, wie hoch die Wertschätzung dieser Arbeit in der ganzen Welt ist. Aus dieser Wertschätzung darf man nun nicht den Schluss ziehen, dass man diesem Landesamt quasi das Wasser abgraben und ihm die nötigen Voraussetzungen

(C)

(D)

- (A) entziehen darf, diese Arbeit in der Zukunft noch zu machen. Die einzige Konsequenz, wenn man diese Auffassung, die ich vorgetragen habe, teilt, wäre, den Antrag, den Bündnis 90/Die Grünen hier heute eingebracht hat, zu unterstützen. Darum bitte ich diejenigen, die diese Auffassung teilen, für die kommende Abstimmung. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Das Wort erhält Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal freue ich mich, dass Sie alle diese Arbeit des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit so loben. Das tut allen, die dort arbeiten und insbesondere denen, die mit dem Landesamt über diese langen Jahre gearbeitet haben, gut. Es stimmt auch, was Herr Güldner gesagt hat, dass ich mich persönlich in diesen Jahren sehr engagiert habe und vieles genau weiß von den Verhältnissen vor Ort und von den Projektträgern.

Nun darf man aber eines nicht übersehen, und es wundert mich, dass Sie von der Opposition das übersehen. Wenn uns der Rechnungshof so einen Bericht vor die Füße legt, dann greifen Sie ihn ja normalerweise auf und treiben uns. Jetzt machen Sie das einmal anders und sagen, Rechnungshof, papperlapapp, das ist alles daneben. Wir müssen doch damit konstruktiv umgehen. Das ist doch nicht eine Willkürinitiative des Rechnungshofs gewesen, sondern das ist eine anstrengende Rechnungshofinitiative, so wie wir auch auf anderen Gebieten anstrengende Rechnungshofrückmeldungen haben. Diese jetzt in unsere Arbeit zu integrieren steht eigentlich für die Zukunft an.

Da finde ich auch im Antrag der Grünen diese doch kluge Idee, dass wir die Außenwirtschaft in Bremen und die Vertretung, die wir in Europa haben, mit dem wichtigen Teil, dass wir die Komplementärmittel für EU-Projekte organisieren und mit der internationalen Arbeit dieser Landesregierung verzahnen müssen. Das steht in Ihrem Antrag irgendwie so dazwischen. Sie haben dort zwei, drei Punkte aufgezählt, und der zweite Punkt meint das. Das ist eine Chance, das ist nicht einfach nur das Zuklappen des Buches. Wir müssen versuchen, in Antwort auf den Rechnungshofbericht, aber auch in Antwort auf unsere dramatische Haushaltsnotlage die guten Erfahrungen, die wir nun über 25 Jahre mit dem Landesamt gemacht haben, in unsere übrige so wichtige und dringend zu fördernde internationale Arbeit für dieses Land und natürlich auch in die Außenwirtschaftsarbeit zu integrieren.

Da gibt es auch Chancen. Herr Güldner hat das eben gesagt, das stimmt! Ich habe das in Pune alles selbst abgeklappert. Es gibt Projekte, die über das

Landesamt angestoßen worden sind, die dann mit Hilfe von Handelskammer und von über die Handelskammer beteiligten Unternehmen aufgegriffen worden sind, die dazu geführt haben, dass es richtige Firmengründungen gibt, die auch von der Handelskammer voll getragen werden und dann so etwas wie eine richtige, belastbare, gute, positive außenwirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt haben, die mit Entwicklungsarbeit zusammen angefangen wurde, aber sich inzwischen ganz zum Nutzen beider entfaltet hat. Das ist gut so! Wir wollen sie nicht aufgeben! Es wäre ja ganz schrecklich, wenn die Freie Hansestadt Bremen, die sich da über Jahrhunderte ihre Legitimation erarbeitet hat, sagt, dass sei alles papperlapapp, sondern wir wollen die guten Erfahrungen, auch die guten Projekterfahrungen, auch die, in denen sich die Zusammenarbeit wirklich ausgeweitet hat, stärken.

Sie haben Recht, wir müssen uns überlegen, was passiert, wenn Gunther Hilliges in Rente geht. Das steht bald an. Ich habe mit ihm oft darüber geredet, auch sehr persönlich, dass wir eine Lösung für die Zeit danach finden müssen. Jetzt kämpfen Sie wacker für eine Leiterin oder einen Leiter. Ich kämpfe dafür, dass möglichst viele Projekte erhalten bleiben und dass wir möglichst viele Projektmittel bekommen. Ich finde nicht gut, wenn unsere Entwicklungszusammenarbeit und alles, was wir noch mobilisieren können, durch Personalkosten aufgefressen wird und in den Projekten gar nichts mehr ist. Das ist nicht der Sinn der Sache.

Wir machen so eine Arbeit nicht, um hier eine Reihe von Leuten zu beschäftigen, und sonst bleibt nichts mehr übrig. Wir machen das doch, um Projekte zu fördern, und da muss man sehr sorgfältig mit dem bisschen Geld umgehen, das wir nur noch haben. Das ist alles sehr dürrtig, aber die ganze Haushaltslage ist dürrtig, darüber kann ich doch nicht hinwegsehen. Da müssen wir auch an diesem Punkt unter Haushaltsnotlagebedingungen und Haushaltsknappheitsbedingungen immerhin eine freiwillige Leistung fortsetzen. Bei Karin Röpke geht die Kritik inzwischen gegen gesetzliche Leistungen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Ja, Frau Linnert, da muss man aber eine Balance finden, sonst isolieren wir uns doch! Wir wollen ja nicht Entwicklungszusammenarbeit gegen innenpolitische Wichtigkeiten führen, sondern wir wollen versuchen, das in der Balance zu halten, dass es eine breite Unterstützung auch für die Zukunft gibt für diese klugen und gut belegten und hochangesehenen Projekte, die sich in diesen 25 Jahren entfaltet haben.

Ich beobachte – darf ich das zu unserer Ehrenrettung sagen –, dass die gleichen Anstrengungen, die gleichen Überlegungen in allen Landesregierungen

(C)

(D)

(A) angestellt werden. Wir sind nicht die Einzigen, die sich diese Quälnummer vorgenommen haben, sondern überall, auch bei den Rotgrünen, drückt die Not des Haushaltes gerade solche guten, gut beleumundeten, hochangesehenen Projekte in eine Defensivsituation. Wir müssen mit den Kollegen in den anderen Landesregierungen, auch übrigens mit der Bundesregierung, die in der gleichen Lage ist, einen Weg finden, wie wir Projekte absichern, wie wir die EU-Finanzierungen – daher kommt ein großes Stück dieser 90 Prozent Drittmittel – nicht an Bremen vorbeigehen lassen, sondern wie wir da eine Komplementärfinanzierung hinbekommen und wie wir auf diese Weise über diesen komplizierten Tag des Ausscheidens von Gunther Hilliges hinaus arbeitsfähig bleiben. Das steht hinter dem Antrag, den die Koalitionsfraktionen hier formuliert haben.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Das ist nicht ein Abschluss, sondern das ist ein Auftrag: Bitte sucht einen Weg, sucht einen Ausweg in dieser schwierigen Lage, der möglich ist und möglichst loyal zu den vielen Entwicklungszusammenarbeiterfahrungen ist!

(B) **Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Dr. Scherf: Wenn ich das Glas von Herrn Köhler austrinke, ist das Rotgrün, oder? Das mache ich einfach! – Bitte!

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Sie werden es überleben, es kann ja auch nicht schaden. – Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, eine ernste Nachfrage: Glauben Sie wirklich, wenn man sich die Außenvertretung spart, und das heißt ja Leitung in dem Fall, wir haben es ja mit Kontakten in alle Welt zu tun, dass es dann alle diese Projekte in dem Umfang und in der Qualität geben wird? Hängt die Frage nicht viel mehr damit zusammen: Es gibt gar nicht die Alternative, das wegzusparen oder die Projekte weiterzuführen, sondern möglicherweise könnte die Qualität und der Umfang der Projekte ja auch mit dieser Leitungsperson zusammengehangen haben!

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Güldner, es kommt darauf an! In der letzten Legislaturperiode haben wir eine kluge Entscheidung getroffen und die Vertretung in Brüssel personalidentisch mit unserer Europaabteilung verzahnt, so dass beides jetzt in Personalunion stattfindet. Da sind wir besser geworden

als die anderen Vertretungen. In Brüssel leiden die anderen nämlich alle darunter, dass sie dort ziemlich weit weg von der Landesregierung sind. Wir haben das Glück, dass es in einer Person zusammengefasst ist und dadurch nicht auseinander läuft. Da habe ich eine positive Erfahrung gemacht, wie man durch das Zusammenlegen stärker und nicht schwächer werden kann. Vielleicht können wir daraus Nutzen für dieses Problem ziehen, wie wir die Jahre nach Gunther Hilliges organisieren.

Ich bin viel zu sehr identifiziert mit dieser Arbeit, als dass ich zur Tagesordnung übergehen möchte, aber ich übersehe nicht, und das sind nicht nur CDU und SPD, sondern das ist unsere Haushaltsnotlage, dass wir hier eine kostenbewusste Lösung finden müssen und nicht einfach sagen können, hier machen wir ein Tabu. Wir können keine Tabus mehr machen, das merken Sie doch jetzt in dieser Quälnummer mit unseren Mehrausgaben in der Sozialhilfe. Da würde ich doch lieber in den Osterurlaub fahren, als das hier beraten zu müssen. Da geht es um zweimal 60 Millionen Euro, die einfach einmal dazukommen, und alle sagen, es ist Unglück, es geht nicht anders.

Wir müssen einen Weg finden, diese schmerzlichen Sparrunden, die ja bis zu einer wirklichen Quälerei, manchmal bis zu einer Selbstquälerei ausgewachsen sind, trotzdem zu integrieren. Wir dürfen den Griffel nicht weglegen, dann ist Schluss, dann ist die Regierung am Ende. Dann aber dürfen wir doch nicht bei Details, bei Lieblingsprojekten oder besonders hochgeschätzten Projekten ein Tabu machen. Dann kommen wir nie durch. Wir müssen eine Form finden, wie wir alles, was wir haben, auch das Liebgewonnene, noch einmal kritisch betrachten.

Da sind Sie alle still geworden! Ich will es nun nicht als fünfundzwanzigjährige Jubiläumsrede nehmen, aber es fällt nun leider zusammen. 25 Jahre schöner, großer, wirklich guter, gelungener Arbeit fallen zusammen mit dieser dringend notwendigen Aufgabe, dass wir uns neu sortieren müssen. Ich hoffe, dass Sie möglichst dabei bleiben, wenn es um die Fortsetzung der Arbeit und der Projekte geht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/190 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(C)

(D)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/195 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir an das Ende der Tagesordnung der Landtagssitzung gekommen.

Ich schließe jetzt die Landtagssitzung. Die Stadtbürgerschaft beginnt dann um 14.30 Uhr.

(Schluss der Sitzung 12.47 Uhr)

(C)

(B)

(D)

